

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagvorkosten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Wilhelmsstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

### Gegen reaktionären Gesinnungsterror.

#### Benutzungszwang der öffentlichen Arbeitsvermittlung.

Das deutsche Arbeitsvolk sieht unter einer furchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Not. Materielle und moralische Zerrüttung macht daher immer weitere Fortschritte. Millionen Arbeitsloser stehen draußen und halten verzweiflungsvoll Umschau, ob sich nicht irgendwo wieder Arbeits- und damit volle Verdienstmöglichkeit für sie zeigt. Weitere Millionen leben in quälender Ungewissheit darüber, ob ihnen der Arbeitsplatz auch in den kommenden Monaten, besonders im kommenden Winter, erhalten bleibt. Dieser Zustand schafft in beiden Fällen schließlich eine Bemühtenverfassung, in der, aus dem Trieb der materiellen Selbsterhaltung heraus, jedes Mittel als geheiligt und erlaubt angesehen wird, das zum Zwecke der Beschaffung bzw. Sicherung eines Arbeitsplatzes sich darbietet.

Diese Tatsache macht sich nun das reaktionäre Herrentum in Politik und Wirtschaft zunutze. Eine ungeheure gesinnungsmäßige Korruption ist eingeleitet insofern, daß man die Gewährung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes als Gegenleistung darbietet dafür, daß der betreffende Arbeiter sich als desinteressiert bekennet an den von dem reaktionären Unternehmertum bekämpften Parteien und Gewerkschaften und die Mitgliedschaft erwirbt in einer reaktionären Organisation, wie Werks-gemeinschaft, Stahlhelm und besonders Nationalsozialistische Partei.

Diese Tatsache ist heute in allen Berufszweigen festzustellen und fast jedem Arbeiter bekannt. Sie ist das Resultat von Besprechungen und Abmachungen zwischen nationalsozialistischen Führergruppen und ihnen gesinnungsmäßig verwandten Unternehmern. Insbesondere aber handelt es sich auch um eine systematisch geübte Handlungsweise nationalsozialistischer und reaktionärer leitender Betriebsbeamten, die in Besprechungen und durch Rundschreiben ihrer Organisationsleitungen hierzu angehalten und verpflichtet werden. Hier erstet eine ungeheure Gefahr nicht nur für die legalen Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, sondern auch für die gesamte Volksmoral. Ein großer Teil, besonders der organisatorisch indifferenten Arbeiter, die aber auch durchaus nichts von den reaktionären und besonders hitlerischen Organisationen wissen wollen, werden so leicht verführt, eine nationalsozialistische Gesinnung zu heucheln, nur um dadurch sich Vorteil zu verschaffen. Daß das schließlich den ganzen Charakter verderben muß, wird jedem klar sein. Aber danach fragen die hier handelnden Kreise nichts, die Hauptsache, sie feiern Scheinerfolge gegen die Träger des heutigen ihnen so verhassten „Systems“.

In letzter Zeit genügt ihnen schon gar nicht mehr das interne Zusammenarbeiten in den großen Industrien, sondern sie gehen ganz offen vor und fordern einiges und systematisches Handeln auf der ganzen Linie, das heißt auch in den kleinsten Betrieben. Beweis hierfür ist ein vor kurzem erschienener Artikel des nationalsozialistischen führenden Funktionärs Kube über nationalsozialistische Selbsthilfe im „Märkischen Adler“, in dem es heißt:

„Bei meinen vielfachen Reisen durch Deutschland habe ich besonders in den Industriegebieten des Westens und Sachsens feststellen können, in wie umfassender Weise unserem Grundsatz Geltung verschafft wird: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Daß jeder verwendende Stellen von nationalsozialistischen Arbeitgebern nur mit Volksgenossen unserer Richtung besetzt werden, halte ich in Stadt und Land für eine selbstverständliche Pflicht. Das Brot, das wir zu verteilen haben, gehört den Kämpfern fürs Dritte Reich. Unsere Kaufkraft gehört unseren Volksgenossen. Was wir an Arbeit für den Schuster, Schneider, Sattler, Tischler usw. zu vergeben haben, gehört wiederum unseren Gesinnungsgenossen. Suchen wir weibliche Hilfe für unser Haus, so haben wir die Töchter unserer Parteigenossen zu berücksichtigen.“

Das ist deutlich genug. Und wer die Praxis kennt, der weiß, wie prompt nicht nur die nationalsozialistischen Arbeitgeber, sondern besonders auch die nationalsozialistischen leitenden Beamten nach dieser Parole zu handeln sich bemühen. Hierüber sind uns

#### Berichte aus den verschiedensten Bergbaubezirken

zugeschrieben, von denen wir nur einiges herausgreifen aus dem Niederläufiger Braunkohlenrevier, wo der Gesinnungsterror besonders stark herrscht. So wurde uns z. B. vom Maschinen- und Heizerverband mitgeteilt, daß zwei seiner Mitglieder, die schon elf Jahre bei ihm organisiert waren und zweifellos heute auch noch gesinnungsmäßig bei ihm stehen, sich als Mitglieder abmeldeten und sich der Werksorganisation anschlossen mit dem Resultat, daß die Kündigung, die vorher gegen die beiden ausgesprochen war, wieder zurückgenommen wurde. Gleiche Fälle wurden uns von den Werken Fielich und der „Hüblich“ gemeldet. Von Elsterwerda wird uns ebenfalls berichtet, daß auf Grube Agnes drei Erwerbstoße eingestellt wurden, nachdem sie sich beim Werkverein angemeldet hatten. Daß wirklich der Beitritt zu den Werksorganisationen zur Voraussetzung für Einstellungen gemacht wird, beweist nachstehende, unterschrieben bestätigte Erklärung eines Arbeiters:

„Unterschiedener bestätigt hiermit, am 26. Mai 1931 auf der Grube Marie Anne nach Arbeit gefragt zu haben. Ich wurde vom Ingenieur Börmann empfangen und sofort nach der Parteizugehörigkeit gefragt. Ich erklärte mich als unparteiisch und es wurde mir darauf gesagt, ich solle mich der Stahlhelm-Nazibewegung und Werks-gemeinschaft anschließen, dann bekäme ich Arbeit.“  
Hochachtungsd. Pfeiffer, Alfons.“

In welchem Umfange nach dieser Methode verfahren wird, offenbart folgende Statistik über den Belegschaftswandel in unserem Organisationsbezirk Senftenberg:

Monat	Angelegt	Entlassungen und sonstiger Abgang	Von den Neuangelegten noch nicht im Bergbau tätig gewesen
April	750	352	60
Mai	1456	372	80
Juni	1201	367	131
Juli	491	265	105
August	550	318	97
September	387	275	69
	4835	1949	551

Bei einer Belegschaftszunahme von 2886 waren also 551 neu-angelegte Arbeiter noch niemals im Bergbau tätig, auch in keinem anderen Revier. Von den noch niemals im Bergbau Beschäftigten entfallen 51 auf Frankfurt a. d. O., 29 auf Forst und 405 auf die Niederlausitz.

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß sehr viele Arbeiter von auswärts auf die oben gekennzeichnete Art in die Betriebe hineingenommen worden sind, wenn man weiß, daß beim Arbeitsamt Senftenberg allein noch 794 erwerbslose Braunkohlenarbeiter vorhanden sind und im Bereiche des ganzen Bezirkes (außer Sachsen) sogar 1270. Ginge es also nicht um die politische Gesinnung, dann glaubt wohl kein Mensch, daß man die am Orte anfassigen Facharbeiter sitzen ließe, um völlig Werks- und Berufsfremde hereinzuholen. Kein Wunder aber, daß bei solchen Verhältnissen festzustellen ist, daß fast sämtliche Erwerbstoße in diesem Bezirk Freigewerkschafter sind.

Damit haben wir nur einen Bezirk herausgegriffen, in dem das System des Gesinnungsterrors ganz offen geübt wird. An anderen Stellen ist es nicht besser, aber die Methode wird raffiniert und weniger offen geübt. Jedenfalls aber kann es so

nicht weitergehen und es taucht deshalb hier die Frage auf, muß sich das Volk und die republikanische Arbeiterschaft das gefallen lassen?

Nein, das darf sie auch nicht! Hier muß unbedingt und sofort durchgegriffen werden. Die Möglichkeit hierzu ist durchaus gegeben durch entsprechende Handhabung und eventuelle Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung. Es muß verlangt werden, daß der Reichsarbeitsminister sofort von der Möglichkeit Gebrauch macht, die im § 65 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Berufsberatung gegeben ist. Der Paragraph lautet in seinen entscheidenden Stellen:

„Der Reichsarbeitsminister kann nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt anordnen, daß Arbeitgeber die bei ihnen vorhandenen offenen Arbeitsplätze bei dem zuständigen Arbeitsamt anzumelden haben. Die Anmeldepflicht darf sich nur auf Arbeitsplätze für Arbeitnehmer erstrecken, die der Kranken- oder Angestelltenversicherung unterliegen. Sie darf sich nicht erstrecken auf Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und Hauswirtschaft und in solchen Betrieben, die weniger als fünf Arbeitnehmer beschäftigen.“

Hier muß sofort den Unternehmern die Meldepflicht dem Arbeitsamt gegenüber dekretiert werden unter Ausdehnung dieser Pflicht auf alle Arbeitsplätze und insbesondere unter Einführung des Benutzungszwanges der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter. Das heißt also, daß die Einstellung von Arbeitskräften nur durch Vermittlung des Arbeitsamtes möglich sein dürfte!

Es geht einfach nicht und ist einer gesunden Volksmoral zuwider, daß mit der nationalen Arbeitsnot und den seelischen und materiellen Opfern, die gerade das deutsche Arbeitsvolk in dieser schweren Krise leistet, ein Schachergeschäft organisiert und getrieben wird zugunsten politisch-gesinnungsmäßiger Korruption. Hier gibt es nur die beiden Möglichkeiten, daß entweder das Unternehmertum freiwillig auf die begonnene Handlungsweise verzichtet, oder aber derselben über den Weg der Gesetzgebung ein radikales Ende bereitet wird. Es wäre gut, wenn alle maßgebenden Instanzen dieser Frage sofort ihr ganzes Interesse schenken würden.

### Nazi-Kapitalknechte.

Zahllos sind die offiziellen Ausführungen bekannter Nazi-größen, die den „Sozialismus“ abgelehnt haben, weil sie, um an die Macht zu kommen, Geld und Einfluß der reaktionärsten Kapitalisten brauchen. Erst am 23. Oktober sprach Gregor Straher im Berliner „Sportpalast“, wobei er sich einen neuen Widerruf von Nazi-„Programmsäßen“ leistete. Hugenberg's „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet darüber:

„Der Abgeordnete Straßer erklärte dann noch über die wirtschaftspolitischen Ziele der Nationalsozialisten, daß der nationalsozialistische Staat nicht enteignen werde. Er müsse mit der privatwirtschaftlichen Energie arbeiten, aber die Wirtschaft im nationalsozialistischen Staat erhalte eine Verantwortung, die größer sei als jetzt.“

Der „Lokal-Anzeiger“ ist über diese Erklärung so erfreut, daß er sie in Fettdruck wiedergibt, während der Nazi-„Angriff“ die Worte verschämt unterschlägt!

Ein anderes interessantes Dokument veröffentlicht der Dortmund „General-Anzeiger“. Es stammt von dem Essener Fabrikanten und Naziführer Hoffmann und wurde von ihm an etwa 400 Fabrikanten, Direktoren usw. versandt, die dann auch der Einladung zahlreich folgten. Das Dokument lautet:

„Essen, 14. Oktober.  
Sehr geehrter Herr! Am 22. Oktober 1931, abends 8 Uhr, spricht im Kammermusiksaal des Städtischen Saalbaues Herr Dipl.-Ingenieur Gottfried Feder, Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Staatsgerichtshofes, über das Thema: „Finanz- und Wirtschaftspolitik im nationalsozialistischen Staat“. Dieses Thema steht augenblicklich im Vordergrund des allgemeinen Interesses und dürfte kaum von einem anderen Redner erschöpfender und ausführlicher behandelt werden können. Die Versammlung findet in unbedingter Geschlossenheit vor besonders geladenen Industrie- und Wirtschaftskreisen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks statt, und ich bitte auch Sie, hieran teilzunehmen.“

Bei der überragenden Wichtigkeit dieses Themas würde es durchaus im Sinne unserer Bestrebungen liegen, wenn Sie uns weitere Anschriften von Persönlichkeiten aufgeben würden, die nach Ihrer Meinung an diesem Vortrage Interesse haben. Eine zweite Karte erlaube ich mir für Ihre Frau Gemahlin zur Benutzung beizufügen. Der Ankostenbeitrag beträgt 2 M.

Veräumen Sie bitte nicht, den Wirtschaftsführer der NSDAP anzuhören, er wird Ihnen ein Lichtblick im Dunkel des heutigen Wirtschaftselends bedeuten.

Mit deutschem Gruß! Paul Hoffmann.  
Und ein solches Gebilde nennt sich „Arbeiter“partei!

In interessanter Weise setzt sich im Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Herr Habermann mit den Nazis auseinander. Auch er sieht die Gefahr, ... daß der nationale Sozialismus seinen Weg im Bündnis mit der finstesten, von der Schwerindustrie finanzierten sozial-

politischen Reaktion gehen will. Der Nationalsozialismus habe zwar alle Gefahren des Bündnisses bestritten, aber, so fährt Habermann fort: „Wer in Harzburg das Aufgebot an Industrie-induzi gesehen hat, muß annehmen, daß sich die Schwerindustrie mit ihren sehr handgreiflichen materiellen Interessen bei Hitler besser aufgehoben hofft als bei der Regierung der Gewerkschafter Brüning und Stegerwald. Wenn Herr Göbbels die Hugenbergpartei auch schon mal einen „Misthaufen“ genannt hat, bleibt doch bestehen, daß sich die schwerindustriellen Hintermänner des Herrn Hugenberg über die Möglichkeiten politischer Macht vollkommen klar sind, wenn sie sie erstreben. Die Rechnung dieser Herren ist einfach, sich im Besitz der Macht leicht über die sozialen Bestandteile des Nationalsozialismus hinwegsetzen zu können, weil sie die dann zu meisternden wirtschaftlichen Schwierigkeiten so groß einschätzen, daß Hitler den Schwerindustriellen, die er in den Sattel gehoben hat, dann wegen ihres wirtschaftlichen „Sachverständes“ auf Gebel und Verderb ausgeliefert sein würde. Die gewerkschaftliche und sozialpolitische Gegenwirkung hofft man als Marxismus verächtlich machen zu können und für jede Reaktion leichtes Spiel zu haben.“

Habermann scheint zu glauben, daß eine Synthese Brüning-Hitler (Synthese: höhere Einheit) möglich sei, denn einige wirtschaftspolitische Maßnahmen Brünings seien fast als eine Verwirklichung nationalsozialistischer Programmforderungen anzusehen: die staatliche Bankenaufsicht, die Aktienrechtsreform, die Drofflegung der Börsenspekulation, der Angriff auf die Kiefen-einkommen und die Beschränkung der Aufsichtsratsmandate. Das sind natürlich gar keine Naziforderungen, sondern sie sind längst vorher in dieser oder schrofferer Form von Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie erhoben. Herrn Hugenberg meinte Habermann dann weiter, braucht man nicht:

„Für alles, was in den nächsten zehn Jahren in Deutschland not tut, brauchen wir Herrn Hugenberg nicht einen Tag, weil hinter ihm die Kräfte von gestern und vorgestern stehen, die nur noch in einem Schattenreich gelten.“

Habermann glaubt offenbar, daß es möglich sei, eine Einigung christlich-gewerkschaftlicher Kreise mit einem fortschrittlich denkenden Nationalsozialismus herzustellen.

Daß dazu erst eine Spaltung der Nazis, eine Abkehr sozial denkender Teile von Hugenberg und der Schwerindustrie nötig wäre, ist selbstverständlich. Aber die Hoffnung darauf ist sehr gering. Hitler und Genossen sind Knechte unserer reaktionärsten Kapitalisten! Solange sie Hoffnung hatten, mit Hugenberg und Bögler Brüning stürzen zu können, machten sie in Harzburger Opposition. Nachdem diese Aussicht schlechter geworden ist, versuchen sie es anders herum. Eine scharfe Fehde zwischen Hugenberg's „Berliner Lokal-Anzeiger“ und Goebbels' „Angriff“, die nichts mehr von Bundesbrüderschaft verrät, bedeutet eine Annäherung der Nazis auf die von Habermann gewünschte Richtung. Aber auch dann gibt es zwischen Nazis und Sozialisten kaum Berührungspunkte.

# Sucht nicht Vernunft und Moral beim Kapitalismus.

Mit entsprechendem Profit wird Kapital für 10 Prozent und man kann es überall anwenden, 20 Prozent und es wird lebhaft, 50 Prozent: positiv waghalsig, für 100 Prozent kämpft es alle menschlichen Gesetze unter den Fuß, 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.

Karl Marx.

Von Fugger, der im 16. Jahrhundert mit seinem Gold die Fürsten kaufte, bis den spanischen Kaiser wählen, über Wallenstein, Napoleon, die graue Exzellenz, Holstein, Bismarck, Stinnes und Ludendorff zeigt uns die Geschichte eine Reihe von Spielern, Hasardtreibern, politisch und wirtschaftlich, denen man „Hosanna!“ rief, solange sie Erfolg hatten und „Kreuzige!“, sobald das Glück sie verließ. Recht, Moral und Sitte haben im Kapitalismus nur stets eine geringe Rolle gespielt, Schranken hat das Kapital immer nur vor der Abwesenheit von Profit gehabt.

Wenn bürgerliche reaktionäre Kreise die Nase gerümpft haben vor republikanisch verbrämten Schiebungen von Kulischer, Karmal oder Skarak, so lacht man darüber, wenn man an die kapitalistischen Großgäuner der Vorkriegszeit, an den Stroussberg der Gründerjahre mit seinem abgelenkten Anhang, Herzog von Rasthor, Herrn von Bennigsen, Graf Lehndorff, Fürst zu Putbus, die Grafen von Solms, von Stolberg-Wernigerode usw. denkt. Oder wenn man an die Gauner aus der Zeit Wilhelm II. denkt: die Pommernbankrottanten mit dem Oberhofmeister und Kabinettschef der Kaiserin, Freiherrn von Mirbach, die Kolonialschleber von Schumann, von Liebert und Konforten, die Leute von der Kaiserlichen Treberproduktion, die Tappelskirch und Bodbielke!

Eine neue Periode des kapitalistischen Schwindels, kapitalistischer Verbrechen spiegelt sich in den verschiedensten Vorgängen der jüngsten Zeit wieder. Ihre Nachwirkungen sind aber heute weit schlimmer als die der Vorkriegszeit, weil bei der Abhängigkeit Deutschlands von der Weltwirtschaft, bei dem notwendigen Vertrauen des Auslandes zur Ehrlichkeit deutscher Wirtschaft Gauner und Unfähigkeit kapitalistischer Kreise sich viel böser rächen als früher. Man muß leider nicht nur von Unfähigkeit zu vernünftiger Wirtschaftsführung in deutschen Kapitalistenkreisen sprechen, sondern zum Teil von einer Unmoral, die zum Himmel schreit. Ueber das Unvermögen zu vernünftiger Wirtschaftsführung ist schon so viel mitgeteilt worden, daß es kaum lohnt, noch weiteres zuzufügen. Aber es ist doch charakteristisch, wenn zwei Aufsichtsratsräte in dieser Notzeit Verantwortung übernehmen für den Ausfall an Verdienst, weil sie nach der Notverordnung nicht mehr in fünfzig oder hundert, sondern nur noch in zwanzig Aufsichtsräten sein dürfen! Die Tatsache, daß trotz der Devisenbewirtschaftung in den letzten Monaten mindestens für eine halbe Milliarde Mark Devisen verschoben wurden, gehört auch in das Kapitel vom patriotischen deutschen Kapital.

Und nun die anderen Beispiele „kluger“ und „ehrlicher“ Wirtschaftsführung aus der letzten Zeit. Erwald und König Ludwig, große, moderne Bergwerksgesellschaften an der Ruhr, brachten in den Jahren niedergehender Konjunktur neue Schächte nieder, um ihre Quote beim Syndikat zu erhöhen. 70 Millionen Mark kurzfristiger Bankschulden wurden gemacht, 10 Millionen jährlich sind an Zinsen zu leisten, weil man unnötig neue Schächte niederbrachte, obwohl für die Produktion der alten kein Absatz war und weil man eine Stichtoffabrik für 17 Millionen bauen mußte, obwohl sie nur zu einem Fünftel ausgenutzt werden kann, weil die Weltproduktionsmöglichkeit von Stichtoff fast dreimal so hoch ist als der Bedarf! Aber man kann ja die Bergarbeiterlöhne kürzen, wenn man vor lauter Wirtschaftslüge nicht mehr ein und aus weiß! Die 90 Millionen Mark Schulden, die fast

hundertprozentige Aliquidität der Gesellschaften kann man selbst dann nicht beseitigen, wenn man die Mehrheit von Langenbrachm oder einen Teil der Stichtoffquote verkauft!

Von Cahuen-Nordwolle ist genügend Stäubiges bekannt. Nur eine Episode sei noch nachgetragen. Die Bank für Textilindustrie hat am 1. September fällige Zinsen und Amortisationen für 20 Millionen Mark in London vor sechs Jahren aufgelegte Anteile nicht bezahlt, weil die hinter ihr stehenden Großbanken sie im Stich ließen. Die Anteile war aber seinerzeit nur möglich, weil in den Prospekten, welche die Sicherheit der Anteile nachweisen, 15 namhafte Vertreter großer deutscher Banken (Distologengesellschaft, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank usw.) sich für die Sicherheit der Anteile, für Zins und Abzahlung verbürgten! Nachdem man den Zinsendienst eingestellt hatte, versuchte man die Anteilhaber in England zu 25 Prozent des Wertes zurückzukaufen! Ueber die Moral solcher Geschäftspraktiken ist kein Wort zu verlieren, der Schaden, den sie im Ausland anrichten, ist überhaupt nicht zu reparieren!

Der Velvet-Truff, zu dem sich die Mechanische Weberei Linden entwickelt hatte, ist an seiner Expansionswut kaputt gegangen. Er muß sein Kapital von 13 1/2 Millionen auf 1,35 Millionen zusammensetzen. Dieser Kapitalschnitt, den die Aktionäre bezahlen müssen, wird die Gesellschaft wieder gesund machen. Leider folgen nur wenige Unternehmungen solcham Beispiel, sie suchen lieber möglichst alles auf dem Weg über den Vahnbau zu erreichen.

Zum Himmel stinkt die neue Affaire Schultze-Pagenhofer. Brauerereien waren immer Goldgruben. Aber die Leute dieses Konzerns hatten am Bierverdienst nicht genug. Die Geseindlichkeitsgesellschaft, eine Portlandzementfabrik wurden angegliedert und dann gliederte Herr Pagenhofer von den Ölspritwerken an diese die Schultze-Pagenhofer AG. an. Für 14 1/2 Millionen Mark Schultze-Pagenhofer Aktien wurden zum Kurs von 285 aufgekauft, heute steht der Kurs auf 60, zu bezahlen ist das Paket nächstens mit 285, 25 Millionen sind verpfändet! Das schönste dabei ist, daß hinter diesen Geschäften die Commerz- und Privatbank, die Darmstädter und die Nationalbank standen! Sie haben aber alle nichts von der Pagenhofer'schen Spekulation gewußt. Wenn der rapide Kurssturz der letzten Zeit nicht gekommen wäre, dann kam die Geschichte überhaupt nicht ans Licht, dann blieben Pagenhofer und Genossen nach wie vor große „Wirtschaftsführer“! Daß bei dieser Affaire Herr Reinhardt, eben in den Wirtschaftsrat der Regierung berufen, besonders kompromittiert erscheint, sei nur nebenher erwähnt.

Und dann noch die Fava! Das ist die Frankfurter Versicherungs-AG., ein verachteter Versicherungskonzern, aus dessen Prozeß die niedlichsten Sachen bekannt werden. Direktoren und Generaldirektoren mit Risikogehältern bekommen für die Abwicklung von Geschäften, die zweifelsfrei zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, Risikoprämien, 500 000 M., 150 000 M. usw.! Die Vernehmung eines früheren Generaldirektors Walter vom Deutschen Lloyd ergab, daß er selbst zwar nie Sondervergütungen erhalten habe, er halte aber Verteilung und Annahme solcher Sondervergütungen nicht für bedenklich! In einem Fall habe er es sogar als Unbedenklichkeit seiner Verwaltung empfunden, daß er gelegentlich einer günstigen Aktienveräußerung eine Sondervergütung erhalten habe. Auffsehen erregte sodann seine Behauptung, daß erst vor kurzem beim Verkauf eines großen Aktienpakets eine Sonderauschüttung von einer Million Dollar an den beteiligten Generaldirektor erfolgt sei. Trotz sofortiger Befragung durch den Ersten Staatsanwalt verweigerte er die Nennung des Namens.

Doch für heute genug aus diesem kapitalistischen Sausfall. Haut kapitalistischen Schönrednern diese Tatsachen um die Ohren, macht sie den Indifferenten klar, damit sie begreifen, daß nicht Wägler, Hugenberg und Hitler, sondern nur Macht der sozialistischen Organisation Rettung bringen kann!

# Knappschaftsberufsgenossenschaft im Jahre 1930.

Die Knappschaftsberufsgenossenschaft hat nunmehr ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1930 veröffentlicht. Der Bericht zeigt nach allen Seiten ein recht betrübendes Bild. Sowohl die Zahl der Betriebe als auch die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen ist im Berichtsjahre rapide gesunken. Die Abnahme der Betriebe im Steinkohlenbergbau betrug 10, im Braunkohlenbergbau 15, im Erzbergbau 20, in der Gruppe anderer Mineralgewinnung ist eine Abnahme von 8 Betrieben eingetreten. Die folgende Aufstellung gibt über die Entwicklung der letzten Jahre Aufschluß. Es betrug die Zahl der Betriebe in den einzelnen Bergbauarten:

	1913	1927	1928	1929	1930
Steinkohlenbergbau	349	244	250	232	222
Braunkohlenbergbau	493	347	330	316	301
Erzgruben und Metallhütten	432	282	253	237	217
Salzbergbau und Salinen	268	143	124	104	104
Anderer Mineralgewinnungen	436	271	285	256	248
Insgesamt	1978	1287	1251	1145	1092

Die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeiter verringerte sich gegen 1929 um 77 390 = 10,36 Prozent, gegen 1913 um 249 638 = 27,16 Prozent. Im Steinkohlenbergbau betrug die Abnahme 51 491 = 9,27 Prozent, im Braunkohlenbergbau 13 832 = 13,01 Prozent, im Erzbergbau 7747 = 16,96 Prozent, im Salzbergbau und Salinen 2470 = 8,40 Prozent und in der Gruppe anderer Mineralgewinnung 1850 = 19,10 Prozent. Die Entwicklung der letzten Jahre ist nachstehend ersichtlich. Die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeiter betrug:

	1913	1927	1928	1929	1930
Steinkohlenbergbau	689 374	579 009	554 792	555 526	504 035
Braunkohlenbergbau	77 876	100 926	103 615	106 271	92 439
Erzgruben und Metallhütten	88 397	50 050	47 439	45 678	37 931
Salzbergbau und Salinen	49 864	28 710	28 742	29 304	26 924
Anderer Mineralgewinnungen	13 321	11 895	10 837	9 688	7 838
Insgesamt	918 832	770 590	745 425	746 557	669 167

Die ständige Abnahme der tödlichen Unfälle seit dem Jahre 1925 ist im Berichtsjahre durch die großen Grubenkatastrophen unterbrochen worden. Die beiden Grubenkatastrophen auf der Wenceslausgrube (Niederhiesleben) am 9. Juli und auf Grube Anna II im Wackener Revier am 21. Oktober forderten 422 Tote und 154 Verletzte. Ein klares Bild über die entschädigungspflichtigen Unfälle zeigt folgende Aufstellung. Auf je 1000 Versicherte entfielen:

Jahr	Entschädigungspflichtige Unfälle überhaupt		Unfälle mit tödlichem Ausgang	
	einfall. Wegeunfälle und Verunstaltungen	ohne Wegeunfälle und Verunstaltungen	einfall. Wegeunfälle und Verunstaltungen	ohne Wegeunfälle und Verunstaltungen
1913	14,98	—	2,31	—
1925	13,00	13,00	2,07	2,07
1926	13,85	13,66	1,96	1,94
1927	15,12	14,90	1,91	1,88
1928	15,06	15,66	1,84	1,81
1929	17,31	15,42	2,21	1,79
1930	17,87	14,78	2,79	2,22

Nach diesen Zahlen ist erfreulicherweise festzustellen, daß die reinen Betriebsunfälle zurückgegangen sind. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft ist nun der Auffassung, daß dieses um so mehr Beachtung verdienen, da infolge der zahlreichen Feiertage die bergbaulichen Gefahrenquellen namentlich im Steinkohlenbergbau durch Verschlechterung des Zustandes des Nebengesteins im Abbau sich im allgemeinen vermehrt hätten. Wir können uns dieser Auffassung nicht voll anschließen, denn durch die Rationalisierungsmaßnahmen werden heute im allgemeinen Flöße mit schlechten Gebirgsverhältnissen nicht mehr abgebaut. Diese Tatsache dürfte auch der Knappschaftsberufsgenossenschaft bekannt sein. Im übrigen müssen die Feiertage zur Senkung der Unfallziffer beitragen, denn an den Tagen, an denen gefeiert wird, ist der Bergmann selbstverständlich den Gefahren seiner Arbeitsstelle nicht ausgesetzt. Es wurden beispielsweise im Oberbergamtsbezirk Dortmund bei 304 Arbeitstagen etwa 52,9 Feiertagen wegen Abfahrmangels eingelegt. Diese Zahlen beweisen das oben Gesagte.

Durch die Stilllegungen sind die Bergarbeiter gezwungen, sehr weite Wege zu ihrer neuen Arbeitsstelle zu machen. Sie bedienen sich dabei aller möglichen Verkehrsmittel. Dieses hat nun wiederum zur Folge, daß die Wegeunfälle nach und nach von der Arbeitsstelle sich häufen. Die Zahl der Wegeunfälle betrug im Berichtsjahre 256. Davon waren 29 gleich 11,33 Prozent, im Vorjahre 25 gleich 7,86 Proz. mit tödlichem Ausgang.

Die Staublungenerkrankung (Silikose) spielt ebenso wie im Vorjahre unter den Berufskrankheiten die Hauptrolle. Von den im Berichtsjahre neu eingelegten und aus dem Vorjahre übernommenen Fällen von insgesamt 9633 wurden 1721 anerkannt und entschädigt. Abgelehnt wurden 6134, auf andere Weise erledigten sich 532 Fälle, unerledigt blieben 1246. An entschädigungspflichtigen Unfällen überhaupt waren 11 957 zu verzeichnen. Die hierfür aufgewandte Gesamtschädigung betrug im Jahre 1930 58 928 180 M. gegenüber 51 784 019 im Vorjahre. Diese Steigerung von rund 7 Millionen Mark ist eine beachtenswerte Summe. Wir betonen jedoch ausdrücklich, daß die Renten im einzelnen Falle diese Steigerung nicht rechtfertigen; vielmehr beruht diese Steigerung darauf, daß die tödlichen Unfälle, wie oben schon gesagt, gestiegen sind, und wie wir an anderer Stelle schon nachgewiesen haben, daß die Verletzungen heute schwererer Natur sind. Im übrigen sind wir der Auffassung, daß den Bergarbeitern, die im Interesse des Grubenkapitals ihr Leben und ihre Gesundheit opfern, hierfür in erster Linie eine Entschädigung zuteil wird.

Die Zahl der erlassenen Bescheide stieg von 44 997 im Jahre 1929 auf 50 414 im Berichtsjahre. Davon wurden 12 477 (10 873) durch Berufung angefochten. Das ergibt, daß 24,75 Prozent der Bescheide angefochten und 75,25 unangefochten blieben. Die Berufungen hatten in 242 Fällen oder 4,84 Proz. Erfolg, während es in 95,16 Proz. bei der Berufungsgenossenschaftlichen Feststellung verblieb. Rekurse wurden 891 eingelegt, 66 vom Genossenschaftsvorstand. Zur Entscheidung gelangten 872. Davon waren 829 von der Versicherten und 43 von dem Genossenschaftsvorstand eingelegt. Von diesen 872 zur Entscheidung gelangten Rekursen wurden zugunsten der Berufsgenossenschaft 834, zungunsten 26 entschieden und 12 an die Berufungsinstanz zurückverwiesen.

Die Kosten für die Knappschaftsversicherungsämter und beim Reichsversicherungsamt betragen 656 314,26 M. Eine enorme Summe, die aber unseres Erachtens durch den überhöhten Bürokratismus verursacht wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Bericht wiederum mit aller Deutlichkeit zeigt, daß im Interesse aller am Bergbau Beteiligten in bezug auf die Unfall- und Gesundheitsgefahren des Bergbaues noch sehr viel zu tun ist und getan werden muß. An praktischen Vorschlägen haben wir es als Vertreter der Bergarbeiter nicht fehlen lassen. Diese Vorschläge hier nochmals zu wiederholen, wollen wir uns ersparen.

# Strafgericht über Labour.

Die englische Arbeiterpartei hat bei den englischen Parlamentswahlen am 27. Oktober eine große Schlappe erlitten. Von 288 Mandaten, die sie bei den Wahlen im Jahre 1929 erhielt, konnte sie nur noch 56 in diesem Wahlkampfe retten. Das heißt zwar nicht, daß der Rückgang an Wählerstimmen in gleichem Maße zu verzeichnen sei, wie an Mandaten. Tatsächlich beträgt nämlich der Stimmenverlust nur rund 25 Prozent, wogegen ein Verlust an Mandaten von über 80 Prozent zu verzeichnen ist. Das liegt an dem englischen Wahlsystem. In England liegt nämlich die relative Mehrheit. Ein Beispiel: In einem englischen Wahlkreis stehen sich vier Kandidaten gegenüber. Der eine erhält 15 000 Stimmen, der zweite 14 000, der dritte 12 000 und der vierte 10 000. Gewählt ist nun der erste mit 15 000 Stimmen, obwohl insgesamt 36 000 Stimmen der Gegner ihm gegenüberstehen, die dazu die Gegner völlig verloren sind, da es auch nicht etwa eine Reichsliste gibt, auf die alle Reistimmen gesammelt werden können. So könnte es, rein theoretisch gerechnet, vorkommen, daß in 20 Wahlkreisen eine einzige Partei sämtliche Mandate bekommt, wenn ihre Kandidaten nur in jedem Wahlkreis eine höhere Stimmenzahl hatten als der Kandidat jeder Gegenpartei, auch wenn die Gegner, zusammengeraddet, doppelt soviel und mehr Stimmen hätten.

Das bedeutet, daß dann, wenn in England das deutsche Verhältniswahlrecht bestünde, die Arbeiterpartei mindestens viermal soviel Mandate bekommen hätte und die Konservativen wahrscheinlich nur die Hälfte.

Die Arbeiterpartei hat nun aber kein Recht, sich gegen dieses Verhältniswahlrecht zu beklagen, da sie es in der Hand hatte, das Verhältniswahlrecht einzuführen. Sie besaß nämlich in der letzten Arbeiterregierung mit den Liberalen, die damals selbst das Verhältniswahlrecht verlangten, eine Mehrheit, was aber von ihr abgelehnt wurde. Nun hat sie die Quittung bekommen.

Aber nicht deshalb schreiben wir von einem Strafgericht, das über die englische Arbeiterpartei hereinbrach, sondern weil die politische Taktik dieser Partei zu solcher Niederlage führen mußte, was man heute, nach der Wahl, aussprechen darf und kann. Man muß sich einmal folgendes vorstellen: Die Arbeiterpartei hatte bis vor kurzem die Regierung in England gestellt mit Mac Donald an der Spitze. Eines Tages nun bricht diese Regierung der englischen Sozialisten zusammen, weil keine Einigkeit zu erzielen war darüber, was denn nun in dieser furchtbaren Wirtschaftskrise von der Regierung aus unternommen werden mußte. Ja noch mehr: Die Arbeiterregierung brach auseinander! Der Premierminister und Führer der Arbeiterpartei, Mac Donald, trennte sich mit seinem Schatzkanzler Snowden, ebenfalls einem hervorragenden Führer der Arbeiterpartei, von seinen Genossen, um die Führer der Konföderation und der Liberalen zu bitten, mit ihm die Politik zu machen, die zum Wohle des Landes notwendig sei, aber von fest-

nen Genossen und seiner Partei abgelehnt würde, worauf beide aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Diese Tatsachen, im Augenblick höchster sozialer Notlage, in der das englische Arbeitsvolk geradezu verzweifelt und hungrig auf befreiende und erlösende Tatpolitik seiner Arbeiterregierung wartete, mußten wie ein kalter Wasserstrahl wirken.

Es kam hinzu, daß die Lösung vom Goldstandard eine ungeheure Popularisierung durch die englische Presse, mit Einschluß der sozialistischen, erfuhr. Man prophezeite als Auswirkung dieser Maßnahme einen unbedingten Erfolg für die englische Wirtschaft. Auf dieser Maßnahme beruhende geringe wirtschaftliche Belebungserscheinungen wurden groß aufgebaut. Es mußte so bei dem Durchschnittsbürger, besonders da er ja in England von Währungsproblemen solcher Art so gut wie nichts versteht, da er nicht über Inflationserscheinungen verfügt wie der deutsche, die Meinung auftauchen, daß es sich hier um eine überraschend schnelle Maßnahme der „neuen Männer“ zum Vorteile des ganzen Landes handelte (wogegen alle Welt weiß, daß es nur eine aufgezogene Maßnahme war).

Und da diese neuen Männer, unter Führung von Mac Donald, von der Arbeiterpartei als die „schädlichen Volksfeinde“ bekämpft wurden, überstieg das das politische Begriffsvermögen des keineswegs sozialistisch gesulten englischen Volkes, weshalb es sich in so starkem Maße von der Arbeiterpartei ab und der konservativen zurendete, mit der ja selbst ein Mac Donald sich zur rettenden Politik verbunden hatte (immer in der Psyche des englischen Wählers gesehen). So kam, was kommen mußte. Hoffen wir nur, daß das Erwachen des englischen Arbeitsvolkes nicht so furchtbar sein wird, daß es an sich selber und damit an seiner Arbeiterpartei auch für die Zukunft verzweifelt. An dem allem aber sollten zumindest auch die Sozialisten aller übrigen Länder wieder erneut lernen, daß jede Spaltung, ob nach rechts oder nach links, nur eine Schwächung der eigenen Gesamtkraft und eine Stärkung der bürgerlichen Front bringen muß. Diesmal ist es nur ein Strafgericht über Labour. Sorgen wir dafür, daß wir nicht schuldig werden an einem aus gleichen Ursachen erziehenden Strafgericht über unsere ganze Klasse.

## Englands Arbeiterpartei.

Jahr	Abgeordnete	Stimmen
1910	42	370 802
1918	57	2 244 000
1922	142	4 236 000
1923	191	4 348 000
1924	151	5 487 000
1929	288	8 306 477
1931	56	6 610 000
1929 (Konj.)	260	8 501 579
1929 (Liberal)	58	5 222 577

# Fünfhundertvierundvierzig Neuaufnahmen in einer Zahlstelle.

Dieses Resultat hat allein die Zahlstelle Hertens im Ruhrgebiet seit Anfang vorigen Jahres zu verzeichnen. Auf die Frage, wie es trotz der Wirtschaftskrise möglich gewesen sei, in dieser Zahlstelle derartige Werbeerfolge zu erzielen, teilt uns der Vertrauensmann folgendes mit:

Die in unserer Zahlstelle geleistete Werbearbeit war nur möglich, indem sich alle Funktionäre für die Werbearbeit aktiv einsetzten. In einer gemeinschaftlichen Sitzung sämtlicher Funktionäre wurde deshalb zuerst der Arbeitsplan besprochen. Vor allem wurden dabei sämtliche Funktionäre, sowohl die Knappschäftsältesten als auch die Betriebsratsmitglieder, zu eifriger Mitarbeit verpflichtet.

Nach dieser Aussprache wurden dann zwei Sonntage festgelegt und siehe, was früher nicht möglich war, wurde zur Tatsache. Es fehlte nicht ein einziger Funktionär und der Erfolg war, daß im Monat Januar 1930 allein 73 Neuaufnahmen gemacht wurden. So ging es das ganze Jahr hindurch weiter, wenn auch die Zahl von 73 Aufnahmen in den folgenden Monaten nicht immer erreicht wurde. Die Funktionäre, die an den angelegten Werbetagen aus irgendeinem Grunde verhindert waren, benutzten die Wochentage dazu, um das Verfümte nachzuholen. Jeder einzelne setzte seinen Ehrgeiz darin, hinter den anderen Kameraden nicht zurückzustehen. Auf diese Weise erreichten wir im Jahre 1930 insgesamt 400 Neuaufnahmen, das heißt, wir konnten unseren Mitgliederstand gegenüber dem Vorjahre fast verdoppeln. Daß die Funktionäre über diesen Erfolg sehr erfreut waren, braucht nicht besonders betont zu werden. Erfreulicherweise wurde diese mühevollen, aber erfolgreichen Arbeit auch vom Vorstande anerkannt, indem viele Kameraden als Anerkennung eine besondere Werbeprämie erhielten.

Nachdem wir so durch zähe Arbeit den Mitgliederstand unserer Zahlstelle fast verdoppelt hatten, mußten wir unsere nächste Aufgabe darin sehen, die neugewonnenen Mitglieder auch der Organisation zu erhalten. Es wurde daher der Funktionärapparat vergrößert. Die großen Bezirke der Wertekassierer wurden geteilt, so daß kein Bezirk mehr als 30 bis 35 Mitglieder zu bedienen hat. In ähnlichem Sinne wurde der Aufklärungsdienst eingeteilt und weiter ausgebaut. Diese Maßnahmen hat sich praktisch als sehr vorteilhaft erwiesen; denn manches Mitglied, das wankelmütig geworden war, ist durch den

## Aufklärungsdienst der Organisation

erhalten geblieben. Wenn infolge des Belegschaftsabbaues und anderer Notstände auch die Austritte nicht restlos verhindert werden konnten, so war es doch möglich, die Fluktuation innerhalb der Mitgliedschaft zu unterbinden.

In diesem Jahre hat sich das Tempo der Aufwärtsentwicklung infolge der verschärften Wirtschaftskrise verlangsamt; denn auch die Kameraden in unserer Zahlstelle haben unter Betriebsbeschränkungen und vielen Feierschichten schwer zu leiden. Dennoch sind die Funktionäre nicht mutlos geworden. Sie sagen sich: jetzt, wo alles gegen unseren Verband anrennt, um unsere Organisation zu zerschlagen und uns die gewerkschaftlichen Errungenschaften restlos genommen werden sollen, müssen erst recht alle Kräfte angespannt werden, um das gewerkschaftliche Bollwerk zu stärken. Wir wissen, daß Erfolg und Niederlage im Kampf gegen die maßlosen Unternehmerforderungen nur entschieden werden durch gewerkschaftspolitische Machtverhältnisse. Und so vergeht auch jetzt kaum ein Sonntag, an dem unsere Funktionäre nicht in der Werbearbeit tätig sind. Das Ziel ist, trotz der ungünstigen Zeit, in der wir leben, den Mitgliederstand des vergangenen Jahres nicht nur zu halten, sondern darüber hinaus noch einen Zuwachs an Mitgliedern zu erreichen.

Dank dieser zähen und unermüdbaren Arbeit sind auch in diesem Jahre in unserer Zahlstelle bereits 144 Neuaufnahmen gemacht worden.

Das ist der beste Beweis dafür, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage und der gedrückten Stimmung, in der sich die Bergarbeiter befinden, auf dem Gebiete der Werbearbeit noch vieles zu erreichen ist. Der Betriebsratsvorsitzende einer Schachtanlage im Bereich unserer Zahlstelle hat allein in diesem Jahre 70 Neuaufnahmen getätigt. Bei einer Hausagitation an einem Sonntag im Monat Oktober wurden noch 24 Neuaufnahmen gemacht.

# Wir rufen dich!

Schon lange ringen zwei Gewalten:  
die Arbeit mit dem Kapital,  
die eine will die Welt gerecht gestalten,  
die zweite will nur herrschen, tyrannisch und brutal.  
Die ganze Menschheit hat das Kapital verknecchtet,  
des Menschen Würde gilt ihm nichts,  
hat ihn enteignet und entrechtet,  
den Leib versklavt, den Geist geächtet. —  
Jetzt naht die Stunde des Gerichts.

Die alte »Ordnung« bricht zusammen,  
verflucht vom heutigen Geschlecht.  
Schon knistert das Gebälk, schon züngeln rote Flammen,  
schon wankt das Fundament, vom Wurm der Zeit geschwächt.  
Sie aber wehrt sich noch, sie will und will nicht sterben,  
kauft die Gesinnung, den Verrat,  
um ihrem Thron von Schutt und Scherben  
Apostel der Gewalt zu werben,  
Muschkoten für den Mammonstaat.

Die Stunde des Gerichts ist angebrochen,  
das Armesünderglöcklein gellt.  
Die Zeit hat sich erfüllt, Das Urteil ist gesprochen.  
Hoch ragt der Galgen schon im Mittelpunkt der Welt.  
Das Heer der Arbeit wächst zu erdenlangen Reihen,  
unüberwindlich, grandios.  
Der ganzen Menschheit zum Gedeihen  
wird die Enterbten es befreien,  
bald holt es aus zum letzten Stoß.

Willst du, Kollege, abseits stehen  
im Kampfe um das letzte Ziel?  
Willst du im Chaos schmählich untergehen?  
Ein Spielball sein im letzter Kräftepiel?  
Sei würdig deiner Zeit. Verstehe ihre Zeichen.  
Schon flammt der rote Fackelschein.  
Verbinde dich im Bund mit deinesgleichen,  
denn nur vereint kannst du das Ziel erreichen,  
mit vielen Vielen, nie allein.

Du kannst den starken Gegner zwingen  
nur im gewaltigen Verband,  
nur im Zusammenhalt kann voll ein Werk gelingen,  
weil jede Kraft den Angriff stärkt und auch den Widerstand.  
Drum zaudere nicht, wo andre alles wagen,  
damit auch dir es besser geht.  
Wir rufen dich! Es gilt, den Feind zu schlagen  
und Licht und Freiheit in die Welt zu tragen,  
damit verjüngt sie aufersteht!

Victor Kalinowski.

Die Werbearbeit darf natürlich nicht nur auf den Funktionskreis beschränkt werden. Es müssen vielmehr alle aktiven Mitglieder zur Mitarbeit herangezogen werden. Daß auch auf diese Weise Erfolge erzielt werden können, haben uns die Erfahrungen bewiesen. Insbesondere haben diejenigen Kameraden, denen der Verband mit Erfolg Klagen durchführte, und solche, die in Bergmannsiedlungen wohnen, sich als erfolgreich Agitatoren erwiesen. Wir wollen aber

## nicht nur werben, sondern auch schulen.

Deshalb werden seit langer Zeit in unserer Zahlstelle Vortragsabende veranstaltet, die jeden zweiten Mittwoch von 7 bis 9 Uhr stattfinden. Als Vortragende fungieren dabei diejenigen Funktionäre, die durch ihre Tätigkeit auf einzelnen Gebieten über ein gutes Wissen verfügen. Auch diejenigen, die an Kursen des Verbandes teilgenommen haben, erhalten dabei Gelegenheit, das gewonnene Wissen weiter zu vermitteln. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren diese Vortragsabende bisher durchweg sehr gut besucht und es zeigte sich, daß dadurch das kameradschaftliche Verhältnis untereinander gestärkt und die Arbeitsfreudigkeit wesentlich erhöht wurde. Gelegentlich werden auch die Frauen unserer Mitglieder zu Versammlungen eingeladen, um ihnen in geselliger Form bei einer Tasse Kaffee die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation klarzumachen. Daß gerade in der Jetztzeit die Frauen ihre Männer in dem harten Existenzkampf unterstützen müssen, ist selbstverständlich. Um so erfreulicher ist es, daß gerade diese geselligen Veranstaltungen außerordentlich gut besucht sind und einen guten Anklang finden.

Wenn aus diesen Darlegungen einige allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden sollen, dann muß betont werden, daß die Erfahrungen und Erfolge in der Zahlstelle Hertens der beste Beweis dafür sind, wieviel zur Stärkung des Verbandes, auch in dieser schweren Zeit, getan werden kann, wenn die Funktionäre einmütig und aktiv an die Werbearbeit herangehen. Die Einwände, daß wegen der schlechten Wirtschaftslage und der damit verbundenen Verbitterung innerhalb der Bergarbeiter die Werbearbeit zur Erfolglosigkeit verurteilt würde, sind nicht stichhaltig. Sie sind auch sachlich nicht gerechtfertigt, denn angesichts der maßlosen Verschlechterungspläne der Unternehmer ist gerade jetzt eine starke Organisation notwendiger denn je. Es bleibt deshalb dringend zu wünschen und zu hoffen, daß die Werbearbeit für den Verband, die im Monat November im ganzen Ruhrgebiet systematisch eingesetzt wird, mit gutem Erfolg abgeschlossen werden kann. Den Kameraden und Funktionären in Hertens sei aber als Anerkennung für ihre vorbildliche und erfolgreiche Werbearbeit auch an dieser Stelle ein kameradschaftliches „Glückauf“ gezollt.

# Kameraden an der Ruhr!

Stellt euch alle im Monat November zur Werbearbeit! Es muß der Ehrgeiz jeder Zahlstelle sein, die meisten Neuaufnahmen zu machen.

## Nehmt euch ein Beispiel an Hertens!

Die Werbearbeit dieser Zahlstelle ist vorbildlich. Lest den vorstehenden Artikel und sucht es diesen Kameraden gleich zu tun. Die Hertener Kameraden haben gewußt: wenn alle mithelfen, muß der Erfolg kommen!

# Vorwärts an die Arbeit!

auch nicht gegen die heutigen Verhältnisse, weil die Sieger des Weltkrieges uns in den Fesseln der Friedensverträge halten, statt in Gemeinschaft mit uns und der ganzen Welt eine Aera friedlicher Entwicklung einzuleiten, sondern weil die Sieger des Weltkrieges uns in den Fesseln der Friedensverträge halten, statt uns die völlige Freiheit zu geben, um rüsten zu können zu neuem Kriege und dann vielleicht als Sieger daselbe mit den anderen machen zu können, was sie heute mit uns machen.“

„Aber das ist ja absurd. Kein Mensch wird doch heute glauben wollen, daß wir Deutsche gegen die übrige Welt wieder einen Krieg führen und schließlich gar einen solchen Krieg als Sieger feiern können. Wir sind doch vollständig ausgepowert, haben keine Armee, keine Waffen, gar nichts zum Kriegsführen im Vergleich zum Ausland.“

„Heute ist das so, gewiß. Aber bedenke doch, daß eine internationale Zusammenarbeit uns wieder auf die Höhen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bringen soll. Das ist ja der einzige Sinn dessen, was wir erstreben. Damit verbunden wäre natürlich auch die völlige politische Bewegungsfreiheit und nationale Selbstständigkeit über Staats- und Volksorganisation, weil ohne das ja von einer internationalen Gemeinschaft und völlig sicheren Vertrauensbasis nicht geredet werden könnte. Und nun stelle dir vor, daß in solchem Zustande dann die nationalistischen Kreise das Staatsruder in der Hand hätten oder in die Hand bekämen.“

„Das ist wirklich des Nachdenkens wert. Und ich muß gestehen, wenn ich Ausländer wäre, würde ich hier wahrhaftig auch verdammt vorsichtig sein.“

„So ist es. Du siehst also, daß eine Hauptaufgabe auf politischem Gebiete sein muß, den Nationalismus, also Faschismus und die „nationale Opposition“ endgültig zu besiegen und als politische Gefahr unmöglich zu machen. Nur dann erst wird der Weg frei werden zu internationaler friedlicher Zusammenarbeit, die allein dem Wohlergehen der Menschheit dienen soll.“

„Hältst du denn solche Entwicklung überhaupt für möglich?“

„Aber gewiß doch. Wir befinden uns ja schon mitten drin.“

„Nanu, ich denke, wir haben eben gerade das Gegenteil festgestellt.“

„Mitnichten! Wir haben nur ein zur Zeit schwerwiegendes Hindernis zur Vervollständigung des diesbezüglichen Entwicklungsprozesses kennengelernt.“

„Na, hoffen wir denn, daß es gelingt, dieses Hindernis aus dem Wege zu räumen. Das wird aber meiner Auffassung nach noch viel Arbeit kosten.“

„Gewiß, aber wir haben da doch einen sehr guten Verbündeten.“

(Fortsetzung nächste Seite.)

# Diskussion über Zeitfragen.

Der Weg zur Krisenüberwindung. Der Nationalsozialismus als Hindernis. Die neue Basis wirtschaftlichen Aufstiegs. Die Organisierung der Weltwirtschaft. Der Sinn der Abrüstung.

„Wir haben leghin die Frage angeschnitten, wie du dir wohl irgendeinen Ausweg aus dieser furchtbaren Krise denkst. Du wolltest mir heute darauf eine Antwort zu geben versuchen.“

„Ganz recht; und ich könnte vielleicht als Antwort ja einfach auf die beiden Artikel in der „Bergbau-Industrie“ hinweisen, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Es sind dies die Artikel „Stala der Wirtschaftskrise“, Seite 303 und „Probleme der Krisenüberwindung“, Seite 309, worin schon ein Versuch gemacht ist, den Weg aus der Krise zu zeigen. Ich empfehle deshalb, diese beiden Artikel zum Verständnis dieses wichtigen Problems noch einmal durchzulesen.“

„Ich kenne dieselben und weiß, daß darin aufgezeigt ist, daß diese schwere Krise nicht nur eine deutsche, sondern eine Weltkrise ist.“

„Sawohl; es ist so, daß durch die wirtschaftliche Strukturwandlung in und nach dem großen Weltkriege die Produktivität des Weltwirtschaftsmechanismus sowohl im industriellen Produktionsraum als auch im landwirtschaftlichen so stark gewachsen ist, daß die vorhandene Kaufkraft nicht ausreicht, die sämtlichen Waren aufzukaufen.“

„Das heißt, nicht wahr, daß die Preise zu hoch beziehungsweise die Löhne zu niedrig sind und deshalb die Waren nicht gekauft werden können, weshalb wir von einer sogenannten Ueberproduktion reden.“

„Du hast das richtig verstanden.“

„Ja, wie kann man aber nun dieses Mißverhältnis beseitigen?“

„Das ist völlig klar dargestellt in dem vorgenannten Artikel „Probleme der Krisenüberwindung“. Dort aber ist nur die rein wirtschaftliche Seite dargestellt, weshalb wir heute lieber noch die politische etwas näher betrachten wollen.“

„Das ist sehr gut, denn das paßt ja auch zu dem Problem, das wir letztes Mal diskutierten, zu der Frage unserer Tolerierung des Kabinetts Brüning.“

„Nicht wahr? Wir müßten also fragen, was an politischen Maßnahmen notwendig ist, um die wirtschaftlichen Bedingungen zur Ueberwindung der Krise schaffen zu können.“

„Nun, allgemein ist man sich ja darüber klar, daß hierzu unbedingt die internationale politische Verständigung zwischen den einzelnen Regierungen zustande kommen muß. Aber ich meine, daß die Regierungen doch schon dabei sind, hier die Fäden zu spinnen. Ich denke an den gegenseitigen Besuch der deutschen und der englischen Regierung, weiter der Deutschen und der französischen, wozu jetzt der Besuch des fran-

zösischen Ministerpräsidenten Laval in Amerika und auch der Besuch des italienischen Außenministers Grandi in Berlin kommt. Das alles muß doch zu irgendeinem Resultat führen.“

„So sollte man wenigstens hoffen dürfen. Aber leider ist es mit dem guten Willen der Regierungen allein nicht getan. Solange die Völker selbst sich nicht rückhaltlos zu einer internationalen Gemeinschaft bekennen, wird nicht viel Positives herauskommen.“

„Ja, früher hieß es doch immer, daß die Völker selbst schon längst bereit wären nur die Regierungen fänden den Weg nicht zueinander.“

„Das stimmt wohl, aber durch das lange Zögern der Regierungen stieg die Zerrissenheit und Zerrüttung und damit die Not immer mehr, so daß wieder große Teile der Volksmasse das Vertrauen und die Hoffnung auf internationale Zusammenarbeit verloren und den politischen Demagogen in die Arme liefen, die mit ihren nationalistischen Phrasen die verzweifelte Masse übersättigten, um so für die Aufrichtung ihrer unbeschränkten Herrscherstellung innerhalb der Nation die notwendigen Nachläufer zu bekommen.“

„Aber das brauchte doch die Regierungen nicht zu hindern, den Weg zu gehen, den sie endlich als den richtigen erkannt haben.“

„Reider ist dem nicht ganz so. Du siehst doch, wie bei uns in Deutschland — zwar nur durch die Mithilfe der Kommunisten — die nationalistische Front immer mehr an Boden gewinnt. Und wir haben leghin schon festgestellt, daß wahrscheinlich in absehbarer Zeit auch die „nationale Opposition“ an die Regierung kommen wird. Damit aber muß das Ausland, insbesondere Frankreich, natürlich; noch viel stärker rechnen als wir in Deutschland selbst, weil damit für das Ausland viel auf dem Spiele steht, wenn es vorher vertrauensselig uns Hilfeleistung und Zusammenarbeit zukommen ließ.“

„Wozu soll das für das Ausland gefährlich sein?“

„Nun, die „nationale Opposition“ besteht doch hauptsächlich aus Parteien und Anhängern, die nicht den internationalen Frieden und die Verbrüderung der Menschheit wollen, sondern den nationalen Machtgedanken vertreten. Sie sehen den Aufstieg nicht in der Richtung internationaler Zusammenarbeit, sondern im Kampf aller gegen alle, wobei eben der Stärkere siegt und herrschen kann und soll. Sie kämpfen zum Beispiel

# Verordnung über Beitragserlaß in der Erwerbslosenversicherung für die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter.

Das Reichskabinett hatte, wie wir in Nr. 41 der „Bergbau-Industrie“ schon mitteilten, am 30. September 1931 gelegentlich der Lohnänderungen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier eine Ministerverordnung erlassen, die im § 2 Abs. 1 der Reichsregierung die Ermächtigung gibt, die Untertagearbeiter im Steinkohlenbergbau des Ruhrreviers und die Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931 von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu befreien. Die Befreiung kann ausgedehnt werden auf die unter Tage beschäftigten Angestellten, sowie auch auf die anderen Steinkohlengebiete. Die Ausdehnung der Beitragsbefreiung ist bereits für Oberschlesien, Sachsen, Lothringen und den bayerischen Beckkohlenbergbau erfolgt, während der niederschlesische und niederlothringische Steinkohlenbergbau zur Zeit noch aussteht. Dadurch, daß auf Grund dieser Verordnung die Untertagearbeiter von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenversicherung befreit werden, beträgt der Lohnabzug bei diesen 7 Prozent minus  $\frac{1}{2}$  —  $\frac{3}{4}$  Prozent, während die Liebertagearbeiter einen vollen Lohnabzug von 7 Prozent bekommen haben. Daß das für die Bergarbeiterchaft und auch für die gewerkschaftliche Organisation ein unhaltbarer Zustand ist, bedarf keines weiteren Beweises mehr, zumal der Lohn der Tagesarbeiter an und für sich schon erheblich niedriger ist als der Lohn der Untertagearbeiter.

Die Bergarbeiterverbände haben deshalb auch sofort nach Bekanntwerden dieser Verordnung versucht, auf die Reichsstellen einzuwirken, um eine Milderung der Verordnung herbeizuführen. Am 21. Oktober 1931 fand in der Angelegenheit eine Besprechung mit den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums

statt, wobei die Vertreter unseres Verbandes eingehend den Standpunkt der Organisation darlegten.

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr durch Schreiben vom 28. Oktober seine ablehnende Entscheidung dem Verbande mitgeteilt, die wir im Wortlaut folgen lassen:

„Ihre Herrn Ministerialdirektor Dr. Söhler vorgetragene Wünsche auf Einbeziehung der Tagesarbeiter in die Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung und auf Ausdehnung der Befreiung auf die übrigen Bergbauarten sind nochmals eingehend geprüft worden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Untertagearbeiter des Steinkohlenbergbaues durch die Verordnung vom 30. September 1931 gegenüber den Tagesarbeitern und den Arbeitern der anderen Bergbauarten bevorzugt behandelt werden. In dieser Vorsehung liegt nicht nur eine Rücksicht auf die besonders bedrängte wirtschaftliche Lage des Steinkohlenbergbaues, sondern auch eine Anerkennung der schweren und gefährlichen Arbeit der Untertagearbeiter im Steinkohlenbergbau.“

Eine Ausdehnung der Befreiung auf die Tagesarbeiter im Steinkohlenbergbau und auf alle Arbeiter in den übrigen Bergbauarten ist bei der angespannten Finanzlage des Reiches leider unmöglich. Diese zwingt dazu, den Kreis der Begünstigten möglichst eng zu halten. Sollte die Befreiung der Untertagearbeiter in der Praxis wirklich zu untragbaren Zuständen führen, wie Sie befürchten, so würde dem notfalls durch eine entsprechende Behandlung bei der Lohnregelung abgeholfen werden können. Eine Befreiung der Tagesarbeiter ist auch aus dem Grunde unmöglich, weil dann eine Abgrenzung gegenüber anderen Berufen sich nicht mehr aufrechterhalten lassen würde.“

## Neuregelung der Krisenfürsorge.

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 23. Oktober d. J. ist die Krisenfürsorge für Arbeitslose neu geregelt. Ab 9. November erhalten Arbeitslose nur dann Krisenfürsorge, wenn Bedürftigkeit vorliegt. Für die Bemessung der Unterstützung gelten die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung mit der Maßgabe, daß Arbeitslose mit mindestens einem zuzulagberechtigten Angehörigen statt der Unterstützungssätze nach Lohnklasse 6 die der Lohnklasse 5, statt der Lohnklassen 7 und 8 die der Lohnklasse 6 und statt der Lohnklassen 9, 10 und 11 die der Lohnklasse 7 erhalten. Die gleiche Berechnung gilt auch für die Familienzuschläge. Arbeitslose ohne zuzulagberechtigten Angehörigen erhalten statt der Unterstützungssätze der Lohnklasse 5 die der Lohnklasse 4 und sonst immer die Sätze der nächstniedrigeren Lohnklasse.

Eigenes Einkommen des Arbeitslosen wird voll angerechnet, soweit es in der Kalenderwoche 20 Prozent des Betrages übersteigt, den der Arbeitslose an Unterstützung einschließlich Familienzuschläge erhalten würde. Es ist dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes allerdings die Möglichkeit gelassen, die 20 Prozent bei Angehörigen bestimmter Berufe insofern zu ändern, als bindende Durchschnittssätze festzulegen sind. Das Einkommen der Angehörigen ist ebenfalls anzurechnen; dabei ist jedoch ein Betrag, der den persönlichen und örtlichen Verhältnissen entspricht, freizulassen. Der Betrag darf jedoch 20 M. in der Kalenderwoche nicht übersteigen. Der Betrag ist aber für jede Person zu erhöhen, die der Angehörige nach einer rechtlichen oder sittlichen Pflicht ganz oder überwiegend unterhält. Der Arbeitslose selbst scheidet dabei aus. Bei der Erhöhung des Betrages sind ebenfalls die persönlichen und örtlichen Verhältnisse mit zu berücksichtigen und die Erhöhung darf 10 M. in der Kalenderwoche nicht übersteigen. Dem Arbeitslosen ist zur Pflicht gemacht, jede Milderung seines Einkommens sowie das seiner Angehörigen ohne besondere Aufforderung dem Arbeitsamt mitzuteilen. Bei Unterlassung hat er zuviel gezahlte Unterstützungsbeträge zurückzuzahlen.

Nicht angerechnet werden Unterstühtungen, die durch eigene Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden. Aufwandsentschädigung, die für Ausübung öffentlicher Ehrenämter gewährt werden, aber nur insoweit, als sie die tatsächlichen Mehraufwendungen nicht übersteigen, bleiben ebenfalls außer Anrechnung. Leistungen der Wochenhilfe, der Familien-

wochenhilfe, Uebergangsrenten, die nach § 5 der Zweiten Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten gewährt werden, Pflegezulage, Führerhundzulage sowie Zufahren nach der Reichsversicherungsordnung und Pflegegeld aus der Unfallversicherung dürfen auch nicht angerechnet werden, desgleichen nicht Leistungen der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über Fürsorgepflicht und Leistungen der Wochenfürsorge.

Wenn es für den Arbeitslosen eine unbillige Härte bedeuten würde oder offenbar unwirtschaftlich wäre, darf nicht verlangt werden, daß er ein etwa vorhandenes Vermögen verwertet. Die Lebensweise des Arbeitslosen ist immer zu berücksichtigen. Kleineres Vermögen, insbesondere Spargroschen, angemessener Hausrat oder ein kleines Hausgrundstück, das der Arbeitslose ganz oder zum größten Teil mit seinen Angehörigen bewohnt, dürfen für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden. Die Erträge aus Vermögen sind allerdings als Einkommen anzurechnen. Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes oder des Arbeitsamtes kann bindende Bestimmungen über die Bewertung solcher Erträge erlassen. Die Unterstützung kann ganz oder teilweise verlagert werden, auch wenn sie bereits gewährt wurde, wenn die persönlichen Verhältnisse des Arbeitslosen die Annahme rechtfertigen, daß er eine Unterstützung nicht mehr bedarf. Sie ist auch zu versagen, soweit die besonderen Lebensverhältnisse des Unterstützungsortes dieses rechtfertigen. In diesen Fällen darf die Unterstützung jedoch nicht hinter dem Betrag zurückbleiben, den der Arbeitslose in der öffentlichen Fürsorge zu erhalten hätte. Bei Prüfung, ob die Unterstützung ganz oder teilweise zu versagen ist, sind die anrechnungsfreien Beträge unberücksichtigt zu lassen. Sobald der Betrag, den der Arbeitslose zu beanspruchen hat, weniger als 0,50 M. pro Woche ausmacht, fällt die Zahlung ganz fort. Jede Unterstützung ist bei der Auszahlung auf den nächsten höheren oder niedrigeren, durch 5 teilbaren Betrag abzurunden.

Der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann die Unterstützung auf einen kürzeren als den zulässigen Zeitraum beschränken, wenn die Lage des Arbeitsmarktes oder die örtlichen Verhältnisse es zulassen. Die Beschränkung der Dauer kann auch dann erfolgen, wenn begründete Aussicht besteht, daß es dem Arbeitslosen möglich sein wird, sich innerhalb des kürzeren Zeitraumes durch eigene Bemühung eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge. Der Kreis der Personen, die zur Krisenfürsorge zugelassen werden und die

Höchstdauer der Unterstützung werden jeweils besonders bestimmt. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung am 9. November d. J. tritt die Verordnung vom 11. Oktober 1930 außer Kraft. Auf die laufenden Unterstützungsfälle sind die Vorschriften dieser Verordnung spätestens vom 4. Januar 1932 ab anzuwenden.

Zu dieser Verordnung hat der Arbeitsminister einen Erlaß herausgegeben, der folgendes bestimmt: Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung beträgt zusammen 58 Wochen. Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Krisenunterstützung für weitere 13 Wochen gewähren, wenn die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert. Zur ordnungsmäßigen Durchführung der Krisenfürsorge ist ein enges Zusammenarbeiten der Arbeitsämter mit den Gemeindeverbänden unerlässlich. Es ist den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Pflicht gemacht, auf Ersuchen bei Prüfung der Bedürftigkeit mitzuwirken. Vom Arbeitsamt ist in allen Fällen, in denen Krisenunterstützung gewährt werden soll, der Gemeinde oder dem Gemeindeverband Gelegenheit zur Äußerung über die Bedürftigkeit zu geben. Die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung liegt aber in Händen des Vorsitzenden des Arbeitsamtes. Wenn jedoch eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband die Bedürftigkeit verneint, dann darf der Vorsitzende des Arbeitsamtes eine Unterstützung nur dann bewilligen, wenn er nach eingehender Prüfung der Verhältnisse unter Würdigung der Überzeugung gewonnen hat, daß Bedürftigkeit im Sinne der Verordnung vom heutigen Tage vorliegt. Ueber die Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden erläßt der Präsident der Reichsanstalt noch genauere Richtlinien. Der Erlaß tritt ebenfalls am 9. November in Kraft.

## Aus dem Ruhrrevier.

### Was sagt das Oberbergamt dazu?

Nach den Bestimmungen des BMO, sowie der Beschlüsse des Ministers für Handel und Gewerbe und vor allen Dingen der Richtlinien des Oberbergamtes hierzu sind grundsätzlich alle Grubenbefahrungen seitens der Aufsichtsbehörde, soweit sie im sicherheitspolizeilichen Sinne erfolgen, vor dem Beginn der Befahrung der Betriebsvertretung mit dem Umhelfen der Befahrung mitzuteilen. Damit die Betriebsvertretungen von den beabsichtigten Befahrungen schnell Mitteilung erhalten, sollen sie möglichst unmittelbar und nicht auf dem Umwege über die Betriebsleitung benachrichtigt werden. Diese Anweisung des Oberbergamtes besteht unseres Wissens auch heute noch. Es will uns scheinen, als wenn nicht alle Bergrevierbeamten diese Bestimmungen kennen, wie wir es an folgendem Vorgang beweisen wollen.

Der Betriebsrat der Zeche Heinrich (Ueberruhr) hatte am 7. Oktober 1931, morgens vor der Anfahrt, bei der Betriebsleitung angefragt, ob der Bergrevierinspektor Reiser im Laufe der betreffenden Morgenschicht eine Grubenfahrt vornehme. Dieses wurde von der Verwaltung verneint. Bereits eine Stunde später — um 7.30 Uhr — traf der Betriebsobmann den stellvertretenden Betriebsführer und den Bergrevierinspektor Reiser im Revier I der Zeche Heinrich. Auf die Frage des Betriebsobmannes an den Bergrevierbeamten, warum die Betriebsvertretung von seiner beabsichtigten Befahrung keine Mitteilung erhalten habe, erklärte derselbe, „das sei nicht seine Aufgabe, übrigens sei dieses auch nur Mode auf den Zechen Heinrich, Kart-Funk und Börtlingstropfen.“

Dieser Vorgang zeigt, daß im gegebenen Fall die Zechenverwaltung sowie auch der Bergrevierinspektor der Betriebsvertretung gegenüber etwas zu verheimlichen hatten. In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Bergbehörde, wenn es Grubenbefahrungen auf Zeche Heinrich vornahm, die Betriebsvertretung davon nicht in Kenntnis setzte. Wir fragen: „Was sagt das Oberbergamt dazu?“

**45.**  
Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 1. bis 7. November 1931

„So — und wer ist das?“

„Die Not.“

„Manu!“

„Doch, die Not. Die Not ist es, die auch hier schließlich den Menschen das Gesetz des Handelns aufzwingt. Man sagt schon: „In der Not frißt der Teufel Fliegen.“ Ebenso machen auch die Menschen in der Not alles, was zuletzt noch als einziger Rettungsanker winkt, selbst wenn dieses letzte Mittel vorher als verfehlt galt.“

„Das nehme ich ja auch an. Nur ist die Frage, ob über eine internationale Gemeinschaftsarbeit tatsächlich die Rettung aus dieser Misere gefunden werden könnte.“

„Darüber gibt es für mich gar keinen Zweifel. Mit solcher internationalen Gemeinschaftsarbeit würde wieder eine ganz neue Entwicklungsbasis für den Kapitalismus geschaffen, wie es schon einmal — im nationalen Rahmen — zu beobachten war.“

„Das verstehe ich nicht recht. Wie meinst du das mit dem schon einmal und so?“

„Nun, ich denke an die Zeit, in der die Privatkapitalisten noch den reinen individualistisch-liberalen Standpunkt vertraten und wo jeder Kapitalist für sich den Konkurrenz- und Wirtschaftskampf führte.“

„Ja, und dann, was kam da Besonderes, was man mit der jetzigen Situation vergleichen kann?“

„Es kam dann das kollektivistische Wirtschaftsunternehmen. Als die Einzelunternehmer zusammenzubrechen drohten, schlossen sie sich zusammen. Ich erinnere an die Entstehung der heutigen Wirtschaftsorganisationen der verschiedenen Handelsgesellschaften, GmbH, Aktiengesellschaften, Kartelle, Syndikate, Konzerne und Trusts.“

„Ja, das hat man doch heute schon international.“

„Das wohl, aber nicht in gleicher Art, wie im nationalen Rahmen. Im nationalen Rahmen, sagen wir innerhalb des Reichs, hat diese Entwicklung eine ganze und eigene Rechtsbasis geschaffen und damit eine eigene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die einen reibungslosen Ablauf garantiert.“

„Ja, und das Resultat? Jetzt haben wir doch den Dred. Diese Krise ist doch das Resultat dieser ganzen Entwicklung.“

„Du hast zweifellos recht. Aber du vergißt, daß allmählich der Raum dieser gewaltigen nationalen Wirtschaftsentscheidung innerhalb der letzten fünfzig Jahre zu eng wurde. Die eigentliche, freie und rechtlich geordnete Basis war ja ganz streng begrenzt, eben innerhalb der Reichsgrenzen.“

„Und du glaubst, daß diese Basis nun unbegrenzt, am Erdenraum gemessen, erweitert werden müßte? Aber wir haben doch heute schon diese Erweiterung, wir reden doch immer schon

von einer Weltwirtschaft und auch jetzt von einer Weltwirtschaftskrise.“

„Sehr gut! Aber hier fehlt der Begriff einer Weltwirtschaftsordnung oder auch einer geordneten auf Recht und Vertrauen beruhenden Weltwirtschaftsauffassung. Und solange die nicht besteht, ist jede Bewegung und jeder Fortschritt in diesem ungeordneten Gebiet der internationalen Sphäre mit Gefahren umgeben, die, plötzlich und unvorhergesehen, weil unkontrolliert und zufälliger Willkür überlassen, hereindringen können. An der Spitze dieser Gefahren steht eben bis heute die Belohnung des Rechtes nationaler und nationalistischer Willkür gegenüber allem Ausländischen.“

„Du meinst damit, daß wir wohl zwangsläufig zu weltwirtschaftlicher Verflechtung gekommen sind, daß aber auf diesem Gebiete noch keine auf gegenseitigem Vertrauen und allseitig anerkannter internationaler Rechtsordnung aufgebaute wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit besteht.“

„So ist es. Denken wir zum Beispiel an unsere nationale Volkswirtschaft. Hier ist jedes Wirtschafts- und Geldgeschäft gegen menschliche Willkür gesichert und geschützt. Diese Sicherung und diesen Schutz garantiert eben der Staat durch seine Rechtsprechung. Das ist die höchstmögliche Gewährleistung von Sicherheit und Schutz, die in menschlichem Zusammenwirken überhaupt geschaffen werden kann. Auch dabei gibt es noch Verluste, die aber eben unvermeidlich sind und deshalb von jedem Wirtschaftenden mit jedem Wirtschaften auch als unvermeidlich mitgenommen werden. Und nun gilt es, diesen für die Wirtschaft im nationalen Rahmen als selbstverständlich, aber auch als unbedingt notwendig erachteten Zustand auch für die Wirtschaft im internationalen Rahmen zu schaffen.“

„Das wird wohl nicht so leicht sein, wenn man sich etwas umschaut und beobachtet, wie feindselig sich noch alles gegenübersteht, gemessen an dem Küstungsstande der Völker. Was du da als notwendig herausgestellt hast, kann doch nur eine Entwicklung sein, die sich auf einer ganz auf Frieden und auf Gemeinschaftsarbeit ruhenden Plattform bewegt.“

„Aber gewiß doch. Und deshalb müssen wir überall die Menschen für diesen Gedanken des Friedens zu gewinnen suchen und gerade jetzt, wo sich die Völker nächstens wieder zur Abrüstungskonferenz versammeln, unsere Stimme erheben, daß endlich auf diesem Gebiete Taten vollbracht werden. Ist erst einmal der Anfang gemacht, dann kommen wir auch weiter vorwärts.“

„Du glaubst also, daß auf diesem Wege allmählich international ebenso eine Rechts- und damit Vertrauensgrundlage für das Zusammenwirken der Menschen geschaffen werden kann, wie das jetzt schon national der Fall ist.“

„Aber warum denn nicht? Wir Menschen pflegen immer nur allzuviel unser Urteil über geschichtliche Notwendigkeiten zu bilden an Hand der zufällig bestehenden Verhältnisse. Geschichtliches Werden aber ist neues Werden. Also neue Wege suchen und gehen, das ist die Aufgabe all derer, die über die Gegenwart hinaus an einer besseren Zukunft arbeiten wollen. Und daß eine Entwicklung in der Richtung zu einer internationalen Gemeinschaft möglich ist, beweist doch gerade unsere deutsche nationale Entwicklung.“

„Du willst wohl damit auf die Tatsache verweisen, daß auch unsere deutsche Nation aus vielen Splittergruppen sich zu einem Ganzen zusammenschloß.“

„Ganz recht; auch hier war letzte Triebfeder zum Zusammenschluß das Streben nach wirtschaftlicher Sicherung und Entlastung. Handels- und Zollvereinbarungen waren die Vorläufer politischer Zusammenklüfte. Und wahrlich, es war doch nur zum Vorteile aller. Ein gleiches müßte sich auch diesbezüglich im internationalen Werden ergeben.“

„Worin siehst du denn da den Hauptvorteil?“

„Nun, die wirtschaftlichen Werte, Kapital und Geld, die heute so ungleich verteilt sind, weil jedes Staatsgebilde speziell und zuerst für sich seinen Teil zu sichern und bei der geringsten politischen Gefährdung den anderen Staaten zu entziehen sucht, dieses Geld und Kapital stünde immer zur Verfügung dort, wo es benötigt wird, unberücksichtigt um den zufälligen Staat.“

„Du meinst, so wie heute in einer Volkswirtschaft das verfügbare Kapital immer nutzbar gemacht werden kann und wird, ganz gleich in welcher Stadt, Gemeinde, Industrie, so wäre es nachher auch international; also so stünde das ganze Weltkapital dann eben dort zur Verfügung, wo es gerade benötigt wird.“

„Genau so meine ich es und habe ich es ja auch gesagt. Es fehlte also vorerst nur an dem Vertrauen, das dann da ist, wenn die Parteien, die diese Auffassung vertreten, so stark sind, daß mit einem Sieg der Nationalisten nicht mehr gerechnet werden kann. Wären wir so weit, dann wäre es ein leichtes, auch die organisatorischen Maßnahmen zu schaffen, die wir in Verbindung damit auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiete in dem Artikel „Probleme zur Krisenüberwindung“ als notwendig aufgezeigt. Und dann wären die Vorbedingungen gegeben, die nun im internationalen Maßstab auf der Grundlage einer Gemeinschaftsarbeit der Völker eine neue Entwicklungs- und Aufstiegsperiode einzuleiten ermöglichen, die viel nützbringender und reicher wäre, als die letzte Entwicklungsphase in nationaler Gemeinschaftsarbeit zwischen den Wirtschaftenden, die in dieser Krise ihr Ende gefunden hat.“

# Krümpersystem im Ruhrbergbau?

Die fortgesetzten Massenentlassungen im Ruhrbergbau veranlassen die Bergarbeiterverbände, den Forderungenverband um Verhandlungen zwecks Einführung des Krümpersystems im Ruhrbergbau zu erlösen. Diese Verhandlungen fanden am 26. Oktober in Essen statt.

Bei diesen Besprechungen wiesen die Bergarbeitervertreter zunächst auf die katastrophale Beschäftigungslage im Ruhrbergbau hin. Es seien jetzt bereits über einhunderttausend arbeitsuchende Bergarbeiter vorhanden. An eine baldige Wiedereinstellung eines großen Teiles dieser Arbeitslosenarmee auf dem Wege einer Konjunkturbelastung sei vorläufig nicht zu denken. Infolgedessen müßten andere Wege gesucht werden, wenigstens einen Teil der Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen. Nachdem man durch den Arbeitszeitstreik eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und damit eine sozial gerechte Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums unmöglich gemacht habe, bliebe jetzt nur noch der Weg, durch Einführung des Krümpersystems eine Milderung der Arbeitslosennot zu erreichen.

Zwecks Einführung des Krümpersystems im Ruhrbergbau machten die Bergarbeitervertreter sodann verschiedene Vorschläge. Sie betonten, daß man beispielsweise den gegenwärtigen Belegschaftsstand von 230 000 auf 280 000 erhöhen könnte. In diesem Falle müßten dann jeden Monat etwa 70 000 der angelegten Arbeiter feiern. Nach dreimonatiger Beschäftigung würde dann der einzelne im vierten Monat wertscheu erlaubt. In diesem Feiertagsmonat würden die wertscheu erlaubten Bergarbeiter ihren Tarifurlaub bzw. ihre Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Ein zweiter Vorschlag der Gewerkschaftsvertreter ging dahin, nicht alle drei, sondern alle vier bzw. fünf Monate diese Auswechslung von Belegschaften vorzunehmen. Der Hauptgedanke dieser Regelung müsse sein, eine größere Zahl von Arbeitslosen wieder einzustellen, ohne daß dabei das heutige Durchschnittseinkommen der Belegschaft im Ruhrbergbau beeinträchtigt würde. Um dieses Durchschnittseinkommen festzustellen, müsse man davon ausgehen, wieviel gegenwärtig ein Ruhrbergmann bei einer Feiertagszahl von durchschnittlich 3,5 im Monat in einem längeren Zeitraum verdient. Demgegenüber muß man das Einkommen stellen, mit dem ein Bergmann nach Einführung des Krümpersystems, das heißt durch Lohn, Urlaubsgeld und Arbeitslosenunterstützung zu rechnen hat. Gewissenhafte Rechnungen ergeben dabei, daß, wie betont, im Durchschnitt gesehen,

die Einführung des Krümpersystems keine materielle Verschlechterung für die in Arbeit stehenden Bergarbeiter bedeutet. Für die Arbeitslosen aber würde die Einführung des Krümpersystems eine weitgehende Möglichkeit der Wiederbeschäftigung bedeuten. Ihre materielle und seelische Notlage könnte auf diese Weise rasch und wirksam gemildert werden. Einen erheblichen Vorteil würden dabei auch die Gemeinden durch eine Entlastung ihrer Wohlfahrtskassen erhalten.

Der Standpunkt der Unternehmer in den Verhandlungen ging dahin, daß das Krümpersystem grundsätzlich nicht abgelehnt werden könne. Sie könnten sich jedoch im Ruhrbergbau dazu nur bereit finden, wenn höchstens ein Siebentel der Belegschaft ausgewechselt würde. Nachdem im Ruhrbergbau infolge der Feiertagskrisen zur Zeit aber noch 30 000 Bergarbeiter mehr angelegt seien, als durchweg beschäftigt werden können, würden sie sich von der Einführung des Krümpersystems keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes versprechen. Einen weitgehenderen Wechsel als monatlich ein Siebentel zu beurteilen, müßten sie aber grundsätzlich ablehnen.

Nach diesen Erklärungen wurden die Verhandlungen vorläufig abgebrochen. Da es sich bei der Durchführung des Krümpersystems um eine Regelung handelt, die nur auf dem Wege einer freiwilligen Vereinbarung zwischen den Tarifparteien zustande kommen kann, muß daher abgewartet werden, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Ob es der Regierung, vor allem dem Reichsarbeitsministerium gelingt, den Standpunkt der Unternehmer zu ändern, ist noch ungewiß. Jedenfalls haben die Ruhrunternehmer durch ihr Verhalten zu dieser Frage wieder einmal bewiesen, daß sie für soziale Notwendigkeiten kein großes Verständnis haben. Insbesondere haben sie damit auch zum Ausdruck gebracht, daß sie auch eine Arbeitszeitverkürzung, die keine Erhöhung der Selbstkosten bringt, ablehnen. Die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten aber, die mit der Einführung des Krümpersystems verbunden sind, sind kein genügender Grund, um eine Milderung der Arbeitslosennot auf diese Weise grundsätzlich abzulehnen. Wie jede Tat ihren Lohn in sich trägt, so werden daher die Folgen dieser unsozialen Haltung der Ruhrunternehmer nicht ausbleiben. Denn niemand, der die Not der Arbeitslosen kennt, wird trotz der Opferbereitschaft der Bergarbeiter das ungenügende Entgegenkommen der Forderungenvertreter verstehen.

## Aus dem Bezirk Köln.

### Die Kölner Funktionäre zum Lohnabbau.

Am 25. Oktober nahmen in einer Konferenz im Kölner Volkshaus über 200 Funktionäre der freien Gewerkschaften zu den vergangenen Lohnverhandlungen Stellung. Den Bericht gab Kollege Simon. Er schilderte die Forderungen der Arbeitgeber und führte den Funktionären in anschaulicher Weise vor Augen, was geschehen wäre, wenn man in dieser Frage keine Einigung erzielt hätte. Die Arbeitgeber verlangten einen Abbau der Stundenlöhne von 13 Pf. und 25 Proz. Abbau der sozialen Zulagen. Nach langen ergebnislosen Verhandlungen gingen sie mit ihrer Forderung bis auf 8 Pf. herab. Um einen tariflosen Zustand zu verhindern und zu verhüten, daß durch Schlichtung den Arbeitern ein größerer Lohnabbau aufzuzwängen würde, schlossen nachher die Gewerkschaften eine freiwillige Vereinbarung dahingehend ab, daß die Stundenlöhne um 5 Pf. gekürzt werden. Wäre ein tarifloser Zustand entstanden, so hätten die Arbeitgeber den Arbeitern gekündigt und es ihnen freigestellt, durch schriftliche Erklärung zu einem den Arbeitgebern genügend erscheinenden Lohn weiterzuarbeiten.

In der Aussprache stellten sich die Funktionäre einmütig hinter ihre Vertreter und sprachen ihnen das Vertrauen für ihr Verhalten in den Verhandlungen aus. Einstimmig wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die am 25. Oktober im Kölner Volkshaus tagende Konferenz der Funktionäre der freien Gewerkschaften für den Bezirk Köln nahm Stellung zu dem Bericht über die Lohnverhandlungen. Die Konferenz erkennt an, daß die Haltung der Gewerkschaftsvertreter bei der Lohnverhandlung richtig war und stellt sich einmütig hinter dieselben. Sie erkennt weiter an, daß die Angriffe der Arbeitgeber auf die Tariflöhne nur dann abgewehrt werden können, wenn die Bergarbeiter wie ein Mann zusammenstehen und sich restlos den freien Gewerkschaften anschließen. Die Konferenz verurteilt entschieden jede Zersplitterung der Arbeiterkraft und ebenso aufs schärfste das unwahre und schmutzige Verhalten der kommunistischen Presse und der NSD.

Die Konferenz hält es unter ihrer Würde, auf die lächerliche Schreibweise der „Sozialistischen Republik“ und des „Mitteltumpels“ einzugehen. Diese Schreibweise dient nicht der Einheit der Arbeiterklasse, sondern nur deren Zersplitterung. Darum fordert die Konferenz alle Unorganisierten auf, sich restlos den freien Gewerkschaften anzuschließen, denn nur dadurch kann die Lage der Bergarbeiterklasse verbessert werden.“

Dann sprach Kollege Dr. Berger von der Zentrale in Bochum über das Thema: „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften“. In großen Zügen zeigte er die heutige wirtschaftliche und politische Lage auf und betonte, daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse sein müsse, ihre Errungenschaften zu erhalten. Die Tagung in Harzburg habe bewiesen, daß die Unternehmer in Gemeinschaft mit den Nazis zum großen Schläge gegen die Arbeiterkraft ausholten. Sie stellen heute ihre Forderungen nach Abbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, Abschaffung der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw., weil sie keine anderen Mittel finden, um der Krise Herr zu werden. Den Unorganisierten müsse gesagt werden, daß die Kraft der Arbeiterklasse nur durch die Zusammenfassung in der Organisation wirksam werden könne. W.

### Blumpe Unternehmerlügen.

Anlässlich der nun beendeten Lohnbewegung im Kölner Braunkohlenrevier schreibt uns ein Mitglied:

Oswald Spengler sieht den Untergang des Abendlandes und die Unternehmer sehen den Untergang des Kapitalismus. Um diesen Untergang aufzuhalten, wenden die letzteren alle Mittel an, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß damit der Untergang nur beschleunigt wird. Lohnabbau, unbegrenzte Arbeitszeit, Befreiung von sozialen „Lasten“ u. a. m. sind ihre Kampftrübe gegen die Arbeiterkraft. Auch im hiesigen Braunkohlenrevier ließ man alle Minen springen, um einen 12- bis 15prozentigen Lohnabbau herbeizuführen. Um den Arbeitern klarzumachen, daß nur ein solcher Lohnabbau die jetzige Krise beheben kann, brachten sie ein Flugblatt-Wilderbuch mit dem Titel: „Warum arbeitslos?“ heraus, welches die Ursachen der Wirtschaftskrise aufdecken sollte, und zu dem in der „Bergbau-Industrie“ ja schon in zwei Artikeln Stellung genommen wurde. Sehen wir uns aber diese Wilderbogen noch einmal an in Verbindung mit unserer Lohnbewegung. Wir lesen daselbst, daß in demselben Maße wie die Löhne steigen, auch die Arbeitslosigkeit steigt. Fallen die Löhne, so fällt auch die Zahl der Arbeitslosen. Die Preise der Waren sind so hoch, weil die Herstellungskosten (die Löhne) zu hoch seien. Die Preise sind gefallen, aber da die Löhne nicht so stark fielen, könne auch eine

Wirtschaftsbelebung nicht eintreten. Die soziale „Belastung“ zwinge die „armen“ Unternehmer, immer mehr Arbeiter zu entlassen. Der „Tributmoloch“ habe unser Wirtschaftsleben so ausgepowert, daß dieses nicht mehr zu Atem komme. Neben den „hohen“ Löhnen müsse auch dieser verschwinden, damit neues Kapital gebildet werden könne. Wenn die Arbeiter ihren „Ernährer“, das Kapital (lies: Kapitalismus) abschächten, würde es immer schlechter gehen. Hielten sie sich diesen aber zum Freund, so würde dieser schon für sie sorgen und sie ernähren. — Soweit das Wilderbuch.

Sinn und Zweck dieses Wilderbuches ist jedem Arbeiter auf den ersten Blick klar. Bezweckt es doch nichts anderes, als daß die Arbeiter dem geplanten Lohnabbau keinen Widerstand entgegenzusetzen sollen. Als Arbeiter aber kann man diesen Lügenfeldzug der Unternehmer nicht ohne weiteres hinnehmen. Schon allein die Tatsache, daß in der Zeit des Lohnabbaues das Arbeitslosenheer immer größer wurde, daß die Preise nicht gesenkt wurden und daß sich die Wirtschaftskrise immer mehr verschärfte, zeigt klar, daß die in dem Wilderbuch gemachten Angaben der Wahrheit widersprechen.

Bei den Herstellungskosten beträgt nach dem Buch der Anteil der Löhne und Gehälter 70,8 Prozent, der der öffentlichen Hand 16,3 Prozent, so daß für den Anteil des eigenen und fremden Kapitals (Zinsen usw.) nur noch 12,9 Prozent übrigbleiben. (Dabei sagen uns amtliche statistische Zahlen, daß der Anteil der Löhne und Gehälter an der Braunkohlenförderung und Brittefabrikation nur 15 Prozent beträgt!) Nun hat man aber der Verrechnung einen kleinen Satz vorangestellt, der den Arbeitern jedoch nicht ins Auge fallen sollte, nämlich: „Nach Abzug der Ausgaben für Rohstoffe und Erhaltung der Produktionsanlagen (Feuerkraft, zugelassene Abschreibungen) verteilen sich die „Kosten“ — wie oben gezeigt. Dieses ist aber für uns von wesentlicher Bedeutung, denn es ist doch zu verzeichnen, daß die Abschreibungen oft eine schwindende Höhe erreichen. So führt die Rheinische AG. in ihrem letzten Jahresbericht eine Abschreibung von 7 122 122 M.; die Roddergruben-AG. eine solche von 3 995 608 M. und der kleine Hubertus-Konzern bei einem Aktienkapital von 4 300 000 M. eine solche von 616 857 M. und dennoch verblieb diesen Gesellschaften ein ansehnlicher Reingewinn, bei der Rheinischen AG. ein solcher von 9 442 813 M., bei der Roddergrube 5 859 015 M. und bei Hubertus 411 554 M. Diesen Anteil an den Herstellungskosten hat man wohlweislich nicht mit angeführt.

Bei den Unternehmern scheint auch der Zweck die Mittel zu heiligen. Als weitere Ergänzung zu dem Wilderbuch hätte man eine Tabelle anfügen können, aus welcher hervorginge, wie sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter, deren Löhne und die Schichtförderleistung entwickelt haben. Da die Unternehmer dieses unterließen, wollen wir es nachholen. Im Jahre 1924 waren im Kölner Revier 16 035 Arbeiter beschäftigt, 1930 nur noch 13 640. Der Durchschnittslohn dieser Arbeiter stand 1924 auf 5,87 M., 1930 auf 8,87 M. (Berechnung nach dem Jahrbuch des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter). Der Leistungseffekt pro Mann und Schicht stieg seit 1924 von 13 204 auf 24 337 To. im letzten Vierteljahr 1930. Die Löhne stiegen somit gegenüber 1924 um 51 Prozent, der Leistungseffekt aber um 84,3 Prozent (Leistungseffektberechnung nach „Verband und Wirtschaft“). Daß es nicht wahr ist, daß bei Senkung der Löhne mehr Arbeiter eingestellt werden, beweisen am besten folgende Zahlen:

Im Durchschnitt 1929 waren im Kölner Revier 15 593 Arbeiter beschäftigt, 1930 nur noch 13 640. Nach den Angaben des Jahresberichts des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie wurden 1929 an Lohn 41 569 600 M. gezahlt, 1930 aber nur 38 860 300 M. Nach dem Wilderbuch steht aber eine bestimmte Lohnmenge zur Verfügung, die unter die Arbeiter verteilt wird (die schon lange überlebte Lohnfondstheorie). Erhalten die Arbeiter mehr Lohn, so müssen dafür andere Arbeiter auscheiden; erhalten sie weniger Lohn, so können dafür mehr Arbeiter eingestellt werden. Trotzdem nun aber

## Zum Kampf

ruft H. Kämpchen in dem Gedicht „An unsere Knappen!“ auf. Das Gedicht steht neben anderen bedeutenden Hilfsmitteln für den Agitationenkampf in unserem

## Bergarbeiter - Taschenkalender 1932

(133 Seiten stark kostet er nur 80 Pf.) Jeder Kamerad muß den Kalender besitzen und ihn sofort bei seinem Vertrauensmann bestellen.

H. Hansmann u. Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42.

im Laufe eines Jahres 918 Arbeiter ausschleden, erhielten die übrigen Arbeiter nicht mehr Lohn, sondern „die zur Verteilung stehende Wurst“ wurde um 2 709 308 M. verringert. Und wie ist es mit der späteren Entwicklung? Ende 1930 und Anfang 1931 wurden im Revier die bis dahin ausgezahlten Prämien ganz oder teilweise nicht mehr gezahlt, eine Lohnsenkung fand also statt. Trotzdem aber wurden noch immer mehr Arbeiter entlassen. Eine weitere Lohnsenkung kam durch die Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. September ohne Lohnausgleich, und trotzdem kamen im September, die Neueinstellungen eingerechnet, noch 61 Mann zur Entlassung, so daß jetzt nur noch 12 088 Arbeiter im Revier beschäftigt sind, ein Beweis dafür, daß durch Lohnsenkungen für die Arbeiterklasse keine Besserung eintritt, wie das Wilderbuch es gerne beweisen möchte.

Und wenn die Preise noch immer so hoch sind, so nur dann, weil die Unternehmer nicht auf ihre Riesengewinne verzichten wollen. Die Klagen über die sozialen „Lasten“ sind schon so oft widerlegt worden, daß es sich nicht weiter lohnt, hier auch darauf noch einzugehen. Wenn — ganz nach Nazart — der Tributplan mit zu den Hauptursachen der deutschen Krise zu rechnen ist, dann müssen ja die Empfänger dieser Zahlung wie: England, Frankreich, die Vereinigten Staaten usw. sich in glänzender Wirtschaftsbüthe befinden. Dieses ist aber nicht der Fall. Wir bestreiten nicht, daß die Tribute der deutschen Krise ein betrübendes Symptom aufdrücken, aber mit den Mäxchen, wie sie in dem Wilderbuch vertreten werden, sollte man uns doch vom Leibe bleiben.

Die Arbeiterklasse hat erkannt, daß die Ursachen dieser Krise nur im System selbst begründet liegen. Die Drosselung der Kaufkraft bei erhöhter Produktivität mußte dazu führen, daß eine Stockung des Gütermarktes eintrat, immer mehr Fabriken geschlossen und Arbeitskräfte freigesetzt wurden. So müssen heute bei gefüllten Warenlagern die Massen in Not und Elend darben. Der Preispanzer der Kartelle und die unsinnigen Lohnabbau-maßnahmen bringen eine immer größere Schrumpfung der Wirtschaft und verhindern eine neue Belebung der Wirtschaft.

Der Kapitalismus — nicht das Kapital, welches im Wilderbuch mit Kapitalismus identifiziert wird — hat keine historische Aufgabe, die Entfaltung der Produktivkräfte bis zur vollsten Blüte, erfüllt. Da er aber nicht mehr in der Lage ist, die Elemente, die er gerufen, zu beherrschen und seine Profitgier ihn daran hindert, die Massen des Volkes zu ernähren, muß er abtreten und einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Platz machen! Da es aber noch niemals in der Geschichte eine Herrschaft gab, die freiwillig auf ihre Privilegien und Profite verzichtet hat, muß es Aufgabe der organisierten Arbeiter sein, sie dazu zu zwingen. Zumindest aber dürfte allmählich auch den Unternehmern klar werden, daß sie endlich Schluss machen müssen mit ihrer Lohnabbaupolitik, da die Arbeiterklasse, und insbesondere in der rheinischen Braunkohle, ihr fernerhin nicht mehr auf diesem Wege folgen kann.

## Bezirk Niederschlesien.

### Funktionärkonferenz und Lohnabbau.

Am 25. Oktober d. J. tagte in der Stadtbrauerei in Waldenburg eine Konferenz der Funktionäre der am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften. Dieselbe nahm Stellung zu dem am 19. Oktober d. J. gefällten Schiedsspruch für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau.

Der Bezirksleiter des Verbandes, Kamerad Hoffmann, schilderte den Verlauf und das Resultat der Lohnbewegung. Die Konferenz nahm folgende Entscheidung an:

„Die am Sonntag, dem 25. Oktober 1931, tagende Funktionärkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Waldenburg) verurteilt das Vorgehen der Unternehmer, die Löhne immer weiter herabzusetzen, auf das entschiedenste. Sie erkennt an, daß dadurch die Wirtschaftskrise nicht bekämpft, sondern verschärft und verlängert wird.

Sie macht die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß durch solche Wirtschaftsmaßnahmen die gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsgesellschaften ihrem sicheren Untergang entgegengehen.

Die Konferenz fordert im allgemeinen, daß die Forderungen des WGB. auf Behebung und Beseitigung der Wirtschaftskrise schnellstens in Angriff genommen und durchgeführt werden.

Derlich verlangt die Konferenz einen der Größe der Betriebe entsprechenden Abbau der oberen Beamten. Es geht nicht an, daß nur die Arbeiter und Angestellten bis zum Betriebsführer abgebaut werden und die oberen, den Betrieb gewaltig verteuern den Beamten in ihren Stellungen verbleiben.“

## Aus der Dintapresse.

### „Gelbe Sumpflumen.“

Immer interessanter und auffälliger werden die Blüten, die uns aus den Werkszeitingen entgegenleuchten. Die Mühe, die man sich gibt, um das eigene Unrecht zu vertuschen, um die eigene Schuld von sich abzuwälzen auf die „andern“, ist geradezu gewaltig. Aber dieses Treiben ist längst von den Bergarbeitern durchschaut und alles Neugnen in den Werkszeitingen ist zwecklos.

### „Wer trägt die Verantwortung?“

So lautete eine Abhandlung, die als Leitartikel in einer Reihe von Werkszeitingen des Ruhrgebietes erschienen ist. Dieselbe sollte die geringste Schuld an dem heutigen Elend tragen, daß alles gegen ihren Willen zwangsläufig sich vollzogen hätte. Sie seien gegen die Rationalisierung gewesen und wären trotz und alledem von „den andern“ dazu gezwungen worden. Am Schluß des Artikels wird dann gefragt:

„Ja, lieber Leser, wer trägt nun die Verantwortung für unser heutiges Elend? Der Unternehmer? Der Arbeiter? Beide haben gearbeitet und haben das Beste getan, was sie konnten. Aber wir haben in vielen politischen Lagern Parteipolitiker gehabt, die kühne Programme aufstellten, die die Steuern und Soziallasten und — das muß auch gesagt werden — die Löhne und Gehälter im Reich, in den Ländern, in den Gemeinden und in der Privatwirtschaft höher und höher getrieben haben. Es sind dieselben Leute, die seit zwölf Jahren die Erfüllungspolitik bis zum äußersten betrieben haben. Es sind dieselben Leute, die bei jeder Gelegenheit gegen den Kapitalismus wettern und die doch selbst nicht einen einzigen Arbeiter produktiv beschäftigen und ernähren können! Der deutsche Unternehmer kaputt, der deutsche Arbeiter auf der Straße, der deutsche Bauer vernichtet und das ausländische Kapital der Herr über alle! Ja, lieber Leser, wer hat das zustande gebracht. Wer trägt die Verantwortung?“

Die Antwort ist der Artikelschreiber allerdings schuldig geblieben. Doch wir wollen sie ihm geben. Die Verantwortung für das augenblickliche Elend trägt das kapitalistische System, das den Profit und nicht den wertschöpfenden Menschen im Mittelpunkt seiner Gedankenwelt sehen hat. Die Verantwortung tragen die Kapitalisten, die die Vorteile der Rationalisierung und die Gewinne daraus nicht in Kaufkraft, also nicht in höhere Löhne oder in Preisverbilligung stecken, sondern als gutes Kapital anhäufen und ins Ausland verschoben in einer

